



## Abonnement für März.

Der Abonnementspreis für diesen Monat beträgt in Breslau 22 1/2 Sgr., auswärts inclusive des Portozuschlags 1 Thlr. 5 Sgr.

Da die königl. Post-Expeditionen nur auf vollständige Quartale Bestellungen ausführen, so ersuchen wir diejenigen, welche dieses neue Abonnement benutzen wollen, den Betrag von 1 Thlr. 5 Sgr. **direct und franco an uns einzusenden**, wogegen wir die gewünschten Exemplare pünktlich der betreffenden Postanstalt zur Abholung überweisen werden.

Breslau, den 24. Februar 1868.

## Expedition der Breslauer Zeitung.

### Der Welfenschwindel.

Wir beneiden die Nachwelt, welche einst die Thaten und Sprüche Georgs des Welfen mit demselben unbefangenen Behagen lesen wird, mit welchem wir uns an dem Don Quixote ergötzen. Wir zweifeln gar nicht, daß sie ihm ein gewisses Maß von Sympathie zuwenden wird, wie ja auch wir uns zu dem sinnreichen Ritter dann am meisten hingezogen fühlen, wenn er seine tollsten Streiche begeht. Es wird eine Zeit über Europa kommen, wo der Jargon des Legitimus aller Welt eben so fremd geworden ist, wie zu Cervantes Zeit die Sprache der irrenden Ritterschaft geworden war, und man wird dann mit einer durch Zorn und Groll nicht beeinträchtigten Wissbegierde die Verirrung des menschlichen Geistes betrachten, die augenblicklich in Hiesing ihren typischen Ausdruck erhält, nach welchem sie bezeichnet wird „bis an das Ende aller Tage“.

Man thut dem König Georg ein schweres Unrecht, wenn man sagt, er habe eine fixe Idee. Er ist befaßt mit der fixesten aller Ideen, die je in einem menschlichen Kopfe sich festgesetzt. Man nehme ihm den einen Gedanken, von dem er zehrt, und es bleibt Nichts übrig. Die Welt ist geschaffen worden, damit Welfen in ihr herrschen; bis zur Geburt des ersten Welfen war das Chaos; von da ab beginnt die Geschichte. Und wie die Götter der Weltgeschichte eintheilen nach den verschiedenen Menschwerdungen Mahabads, so tritt in der modernen Weltgeschichte jedesmal ein großes Falljahr ein, wenn ein Welf nach seiner Vertreibung zurückkehrt in ein vergrößertes Welfenreich. Nommensen bemerkt einmal, es sei ein menschliches Loos, daß der Narr berufen sei, auf der Bühne zu epilogisieren, wo viele Helben und Könige sich getummelt; Georg von Hannover steht an der Grenzschleide der Zeit, in welcher dynastische Willkür über das Loos der Völker entschied. Als letzter Nachfolger Karls des Großen, der Hohenstaufen, Karls des Fünften, Rudwigs XIV., erscheint der Mann, der im Ernste glaubt und täglich wiederholt, jedes weltgeschichtliche Ereigniß finde seinen Maßstab lediglich an dem Nutzen oder Schaden, den es seiner Person bringt. Wenn wir noch daran zweifeln könnten, daß wir in dem Morgen-grauen eines neuen Tages stehen, an welchem die Geschichte der Völker nur nach den Interessen der Völker entschieden werden, jeder Zweifel würde niedergeschlagen werden durch die Wahrnehmung, daß der Narr auf der Bühne steht, um zu epilogisieren — das alte Stück ist zu Ende.

Nicht das macht den König Georg zu einer psychologisch so einzigen Erscheinung, daß die Welt sich anders in seinem Kopfe malt, als sonst in Menschenköpfen zu geschehen pflegt; nein er ist auch fest überzeugt, daß sich in allen andern Köpfen die Welt eben so malt, als in dem seinigen. Er ahnt nicht, daß von dem grönländischen Eskimo bis zum patagonischen Pecherhug irgend Jemand ein anderes Interesse haben kann, als die Frage, wann endlich die Welfen zurückkehren in das Welfenreich. Er glaubt nicht, daß in den Fieberphantasien eines St. r-benden, in dem holden Wahnsinn des Dichters, im Mondscheingeflüster zweier Liebenden von etwas Anderem die Rede sein könne, als von der momentanen Verdunkelung des Glanzes des Welfischen Hauses.

Nicht um sich, noch seine Familie klagt er; allein die bedrängte Welt, die ohne Welfen regiert wird, bildet den Gegenstand seiner aufrichtigen Klage. Das welfische Volk, das seinen Welfenherren entbehren muß, ist in seinen Augen die leidtragende Person. Er, König Georg, hat mit diesem bedrängten Volke nur das tiefste Mitleid. Er klagt nicht, denn seine stummen Klagen hört er in den schmerzlichen Lauten von Millionen Lippen erschallen; er weint nicht, denn seine trocknen Thränen sieht er aus Millionen Augen strömen. Wie im Märchen das verstoßene Königskind von dem Pferde Faleba befragt wird, aber tiefer als über das eigene Leid über den Kummer Falebas sich betrübt, so erblickt Georg in dem ganzen hannoverschen Volke das treue Pferd Faleba und den Tausenden, die zu ihm gekommen sind, um ihm zuzurufen: „Wehe, daß Du gangesst!“, erwiedert er mit schmerzbebrunter Stimme: „Wehe, daß Du hangesst!“ Den eigenen Schmerz weiß er zu bekämpfen, denn ein Welf, der außer dem nackten Dasein nichts als 16 Millionen hat, bleibt, die Krone der Schöpfung, sich noch immer selbst genug; aber ein Welfenvolk, das von keinem Welfen regiert wird, führt ein elendes Dasein; ihm muß geholfen werden. Was liegt ihm für seine Person daran, ob er regiert oder nicht! Ein beliebiger Komiker äußerte einst: „Ich brauche nicht zu spielen, ich kann von meiner Gage leben.“ Georg von Hannover braucht nicht zu regieren, er kann von seiner Apanage leben, allein sein Volk muß von ihm regiert werden, oder es verzweifelt.

Wir gönnen Jedermann seine Träume, allein der Träumende darf nicht Schadenbringend in die wirkliche Welt eingreifen, oder man muß ihn unsanft wecken. Der Nachwelt werden die Träume Georgs als ein heiteres Spiel der Phantasie erscheinen, an denen sie ihre herzlichste Freude hat; die Welt darf ihn nicht gewähren lassen, denn er stiftet unsägliches Unheil. Man erinnert sich aus Goethes Märchen des Riesen, der schwach ist, wie ein neugeborenes Kind, allein sein Schatten hat gewaltige Kräfte, und wenn der ungeschickte Körper stolpert, so schlägt der Schatten blind tappend unbewußt in die Menschenmenge hinein und verwundet Hunderte. König Georg ist der schwache, hilflose Mann, der Niemandem Schaden kann; allein der Schatten, den er sich erborgt von dem Lichte des Königthums, greift hinein in die reale Welt und schlägt Tausende zu Boden. Der täppische Gefell muß unschädlich gemacht werden. Es ist die Pflicht der Regierung, ihm das Licht zu entziehen, aus dem er seine verderbliche Kraft borgt, das Licht seines königlichen Einkommens. Die öffentliche Sicherheit ver-

langt, daß ihm eine Machtquelle entzogen werde, die er in so verheerender Weise mißbraucht hat. Es ist hoch an der Zeit, daß die strengsten Maßregeln ergriffen werden. Die Welfenherrschaft ist dazu bestimmt, unsterblich im Gefange eines zukünftigen Cervantes zu leben, darum muß sie im Leben bald untergehen.

### Breslau, 28. Februar.

Die Frage der Stellvertretungskosten behandelt der jetzige Justizminister gerade so wie der frühere, wie denn überhaupt ein Unterschied zwischen Beiden bis jetzt nicht im Mindesten sich herausgestellt hat. Die Beamten, die zu Abgeordneten gewählt werden, müssen nach wie vor die Kosten der Stellvertretung tragen; insbesondere trifft das die Justizbeamten, während für die Verwaltungsbeamten, wie es scheint, leichter ein Stellvertreter gefunden wird. Die andere Seite der Indemnität fehlt eben noch, wie wir schon neulich ausführten; das Ministerium hat die Waffen, die es sich in der Conflictsperiode erworben, behalten.

Das Abgeordnetenhaus wird heute wegen seines Eifers für die Sonn- und Festtags-Heiligung von der „Kreuz-Zeitung“ verdienter Maßen gelobt.

Wir constatiren es — schreibt dieselbe — als einen erfreulichen Fortschritt in der Angelegenheit der Sonntagsheiligung, daß ein solcher Antrag von Seiten eines entschiedenen Liberalen (H. Hennig) gestellt und von dem Abgeordnetenhaus mit bedeutender Mehrheit angenommen worden ist. Wir haben die Initiative von solcher Seite in dieser Angelegenheit um so freudiger begrüßt, als es uns nach früheren Erfahrungen nicht ungewiss ist, ob ein solcher Antrag, wenn er aus den Reihen der conservativen Partei gestellt worden wäre, eine eben so bereitwillige Aufnahme gefunden hätte. Das diesmalige Votum ist uns nicht bloß um der Sache selbst willen, sondern auch als Symptom eines gefunden Fortschritts willkommen: wir erkennen darin eine „moralische Eroberung“ nach unserer Art, und wünschen dem Abgeordnetenhaus ein muthiges Fortschreiten auf dieser Bahn.

Komisch wäre es diesem etwas verdächtigen Lobe gegenüber, wenn das Herrenhaus, wie uns aus Berlin geschrieben wird, das Amendement, betreffend die Sonntagsheiligung, wieder striche, um das Spielbankengesetz in seiner Reinheit wieder herzustellen. Das Herrenhaus für die Spielbanken und gegen die Sonntagsheiligung — es wäre in der That eine eigenthümliche Situation, deren Entwicklung wir bei der neutralen Stellung, die wir in dieser Frage einnehmen, ruhig abwarten wollen.

In Oesterreich hat sich unter einem Theile des Adels und des Clerus ein förmlicher Geheimbund gegen die neue Aera gebildet. In diesen Bund sollen nach einem Erlasse, dessen Stizze das „Tagbl.“ mittheilt, alle Menschen ohne Unterschied des Standes, der Würde und des Geschlechtes aufgenommen werden, und soll der Verein fast den ganzen katholischen Adel Tyrols, Steiermarks, Oesterreichs, Schlesiens, Böhmens und Mährens zählen. In Bezug auf Böhmen wurden die Fürsten . . . (folgen fünf Namen), die Grafen . . . (folgen vier Namen), die Domherren . . . (folgen sieben Namen) als bereits dem Vereine beigetreten namhaft gemacht. Erzbischof . . . in . . . wurde als das sichtbare und unsichtbare Haupt des Vereins bezeichnet. Auch der städtische pensionirte Cassirer . . . und der Ordens-General . . . sollen dem Vereine angehören, der sich zur Aufgabe gestellt hat, den Katholicismus, zunächst aber die römische Hierarchie mit ihrem ganzen Gefolge zu schützen und ihre Herrschaft wieder zur Geltung zu bringen. Dieser große Verein dürfte sich sonach als Fortsetzung des italienisch-spanisch-französischen Glaubens-Vereins di Santa fede herausstellen. Weiter erzählt der Erlaß, daß in dem Redemptoristen-Kloster Mautern in Steiermark sich alle Fäden concentriren, daß von da aus eine directe Verbindung mit Rom unterhalten wird, daß außer freiwilligen Beiträgen jedes Mitglied verpflichtet sein soll, täglich einen Kreuzer zu spenden, und daß verlässliche Cassirer bestellt sind. Dann werden die Namen mehrerer solcher Cassirer und der Name besjenigen Domherrn genannt, der die Beträge nach Rom abliefern. Als Abzeichen soll jedes Mitglied an der Brust ein kleines Medaillon (Avers das Bildniß der unbesleckten Empfängniß, Revers ein Kreuz) in der Größe und Form eines Kreuzers tragen. Die Lösungsworte sind angeblich für die Gehehen noch nicht ausgegeben. Die Deutschen sollen sich mit dem Worte „treu“ begnügen.

Hinsichtlich der zwischen Italien und Frankreich einerseits und zwischen Frankreich und Rom andererseits zur Herstellung eines modus vivendi gepflogenen diplomatischen „Conversationsen“ erzählt die „R. Z.“ aus Paris, daß dieselben in kürzester Zeit in wirkliche Unterhandlungen übergeführt werden sollen, da Cardinal Antonelli urplötzlich Miene gemacht habe, einer Art September-Vertrag nur obligatorisch in seinen Bestimmungen hinsichtlich der Verpflichtungen Italiens seine eventuelle Zustimmung zu geben. Was die Gerüchte betrifft, nach denen Lamarmora auf die Bildung eines neuen Ministeriums hingearbeitet haben soll, so hat derselbe in einem Privatbriefe, welcher indeß zur Oeffentlichkeit gekommen ist, diese Angaben, wie schon erwähnt, dementirt und sie den Intriguen zugeschrieben, welche gemacht würden, um die Rechte in sich zu spalten. Lamarmora, schreibt man der „R. Z.“ aus Florenz, hat damit Recht; Niemand hat ihn übrigens beschuldigt, persönlich an dem Sturze des Cabinets Menabrea zu arbeiten; daß aber solche Bestrebungen bestehen und von Paris aus Ermunterung finden, kann um so weniger geläugnet werden, als sie ziemlich offen betrieben werden und in dem Briefe Lamarmora an seine Wähler von Biella einen Stützpunkt finden; die parlamentarischen Erfolge des Ministeriums Menabrea in den Finanzdebatten haben ihnen jedoch für den Augenblick die Spitze abgebrochen.

Wie man über die Entwaffnungsfrage in Italien gegenwärtig denkt, zeigt ein Artikel der vom Ministerium inspirirten „Italia“, welcher der Pariser „Patrie“ auf die Bemerkung, daß Italien gut thun würde, mit einer Entwaffnung vorzugehen, mit den Worten entgegentritt: „Ungeachtet unseres lebhaften Wunsches, das Budget im Gleichgewicht zu sehen, ist es uns, bei unserer genauen Kenntniß von dem wirklichen Stande der Dinge, unmöglich gewesen, einem solchen Wunsche uns anzuschließen. Seit 6 Monaten giebt es nur eine Stimme in Italien! Widersehen wir uns der Tendenz, die man in Betreff der Desorganisation unserer Armee zu haben scheint. Dieser Eindruck hat sich inzwischen nicht geändert und in der neulichen Discussion über das Kriegsbudget hat sich nicht gezeigt, daß die Landesvertretung dem Cabinet einen andern Ideengang als den von ihm selber eingeschlagenen aufdrängen möchte.“ Das Kriegsbudget beläuft sich für 1868 auf 170 Millionen und die bei den Fahnen präparierte Truppenzahl 196,000 Mann.

Aus Rom meldet man, daß der Papst am vorigen Ascher-Mittwoch in der Sixtinischen Kapelle die herkömmliche Segnung und Austheilung von Asche an die Mitglieder des heiligen Collegiums und des diplomatischen Corps vollzogen habe. — Die „Liberté“ erwähnt der Reise des Obersten d'Argy nach Paris, von der in den letzten Tagen viel die Rede war, und fügt hinzu, daß man allgemein glaube, dieselbe stehe in Verbindung mit

zahlreichen Desertionen, die in diesem Monate in der Antibes-Legion vorgekommen wären. Man spreche von 44 solcher Fälle. Der „Liberté“ zufolge hatte die italienische Polizei in Palermo an Bord des Dampfschiffes „Electric“ 38 Säcke voll Kupfermünzen mit dem Bildnisse des Königs Franz II. in Beschlag genommen. Das Geld war an mehrere Geschäftsleute der Stadt adressirt worden.

Daß sich die Stimmung in Frankreich in der letzten Zeit nicht verbessert hat, davon haben die schon erwähnten aufregenden Scenen, von denen der gesetzgebende Körper der Schaulapf gewesen ist, hinlänglich Zeugniß gegeben. Indeß haben die Pariser Blätter bisher sich mit größter Vorsicht darüber geäußert und ihrer Haltung ist es ohne Zweifel mit zu verdanken, daß sich die Aufregung nicht noch erhöht hat. Immerhin soll ein Ministerrath, welcher noch am 24. d. M. Abends unter dem Vorsitz des Kaisers stattfand, durch den Zwischenfall im gesetzgebenden Körper hervorgerufen worden sein. Die „France“ kommt auf ihre Befürchtungen zurück, daß die Regierung sich von der äußersten Rechten zu reaktionären Maßregeln treiben lassen werde; jedenfalls würde irgend ein Straßentumult diese rüdläufige Bewegung sehr beschleunigen.

Was das Verhältniß Frankreichs zu Preußen betrifft, so verdient namentlich ein Artikel der „Patrie“ Beachtung, welcher der von manchen Journalen aufgestellten Behauptung, daß das zu eröffnende Zollparlament sich nicht auf Handels- und Industrie-Fragen beschränken dürste, sondern daß die Abgeordneten ihr volkswirtschaftliches Mandat in ein politisches verwandeln würden, widerspricht. — Die Wahlen im norddeutschen Bunde sowohl, als auch die in den süddeutschen Staaten gaben den Beweis, daß die Regierungen und die Bevölkerungen an der rein volkswirtschaftlichen Stellung des Zollparlamentes festhalten. Was die Wahlen in Baden betrafte, so versuche zwar die preußenfreundliche Partei denselben eine politische Färbung zu geben, doch bei der Hälfte der bisher bekannt gewordenen Wahlen hätten die Gegner die Majorität, deren Gesinnung der in Baiern zum Siege gelangten entspreche. — In Betreff der orientalischen Frage haben wir hervorzuheben, daß der „Gendarm“ über die Situation in Konstantinopel meldet, daß die Spannung nachgelassen habe, seitdem die Regierung sich aus den Thatfachen überzeugte, daß die Berichte über die Existenz einer bulgarisch-rumänischen Frage jeder ernstlichen Begründung entbehren.

In England hat sich der durch Lord Derby's Rücktritt herbeigeführte Ministerwechsel ohne wesentliche Alterirung des bisherigen Charakters des Cabinets vollzogen, indem an Stelle des zur Premierschaft aufgestiegenen Disraeli Herr Hunt zum Schatzkanzler ernannt worden ist, während der mit Lord Derby gleichzeitig zurückgetretene Justizminister Lord Chelmsford durch den bisherigen Ober-Appellationsrichter Lord Cairns ersetzt ward. — Ueber die im Oberhause der irischen Frage zu Theil gewordene Behandlung (siehe „London“) bemerkt die „Engl. Corr.“ mit Recht, daß dieselbe doch wenigstens das sehr deutlich an den Tag gebracht hat, daß die Nothwendigkeit durchgreifender Reformen in Irland von den einflußreichsten Männern beider Parteien nicht mehr abgelehnt wird. Gegen heroische Maßregeln, wie sie von Mil empfohlen werden, haben sich zwar alle Peers, die an der Debatte theilnahmen, mehr oder weniger offen ausgesprochen, und für eine radicale Aenderung der Pachtgesetzgebung, die den Pächter zum Freisassen machen soll, wird sich eine Versammlung, die den großen Grundadel repräsentirt, naturgemäß niemals begeistern können. Aber es ist doch immer ein Fortschritt, daß von der Abschaffung der irischen Hochkirche als von einer unerläßlichen Maßregel im Oberhause rücksichtslos gesprochen werden konnte, ohne daß die geistlichen Herren den Untergang des Reiches prophezeiten und der Wollfack in allen seinen Nähten platze. Im Unterhause wird die Discussion sich auf viel radicaleren Grundlagen bewegen, das steht fest; das Gelüst nach repeal und die in neuester Zeit oft gehörte Forderung, daß das Parlament aus London zeitweilig nach Dublin übersiedeln solle, dürften sich jedoch nur sehr schwächern hervorwagen, und wenn sie es thun, werden sie von Seiten selbst sehr radicaler englischer Mitglieder nicht auf Unterstützung rechnen können. — In Betreff der von dem Marquis von Clanricarde ausgesprochenen Ansichten bemerkt namentlich die „anglo-amerik. Corr.“ sehr treffend, daß der Grundzug seiner Bemerkungen der war, „daß eine specielle Gesetzgebung über die Landbesitzfrage und die Verhältnisse zwischen Bodeneigenthümer und Pächter nicht nothwendig sei und daß das in Irland bestehende System dem in dem Recht des vereinigten Königreichs in Anwendung befindlichen assimiliert werden sollte. Die einzige Hoffnung, die Landcultivir in Irland dauernd zu heben, sei die Importirung von Capital, wodurch allein die Landwirtschaft in einem großartigen Maßstabe mit Vortheil betrieben werden könne. Lord Clanricardes Vorschlag geht daher darauf hinaus, die Pächter im Besitz ihrer Pachtgüter zu schenken, ihnen mit Verdrückung der Interessen der Pächter eine billige Entschädigung für eingeführte Cultur- und sonstige Verbesserungen zuzusichern und überhaupt die Rechte und Interessen der Bodeneigenthümer und der Pächter mit gleicher Billigkeit zu reguliren.“

## Deutschland.

— Berlin, 27. Februar. [Der Landtagschluß. — Der Hilfsverein für Ostpreußen.] Der König wird, nach den neuesten Entschlüssen, in Person den Landtag entlassen. — Gestern Abend fand im kronprinzlichen Palais eine Sitzung des „Hilfsvereins für Ostpreußen“ statt, welcher der Kronprinz in Person präsidirte. Es hatten sich alle diejenigen eingefunden, welche den ersten Aufruf unterschrieben hatten, etwa 30 Personen. Der Vorsitzende des Vereins, Abg. Freiherr v. Patow, erstattete einen eingehenden und genauen Bericht über Thätigkeit und Wirksamkeit des Vereins, aus welchem erhellt, daß derselbe bis jetzt ca. 200,000 Thlr. verwendet hat und täglich 4—5000 Thlr. verausgibt. Das System des Vereins, Arbeitsstellen zu errichten und für geleistete Arbeit mit Victualien oder barem Gelde zu bezahlen, hat sich vortrefflich bewährt, zumal da evident durch directe Unterstützungen bewirkt worden ist, daß aus Nachbarländern viele Bettler in die Nothstandsdistricte verlost worden sind. Aus dem westpreussischen Bezirke Preussisch-Stargard ist das notorisch festgestellt. — Außer dem Bericht des Vorsitzenden nahm die Versammlung noch ein Referat des Geh. Reg.-Raths Esse über seine directen Wahrnehmungen in Ostpreußen entgegen. Der Sitzung folgte ein Souper bei dem Kronprinzen, welches die Herren bis in die späte Abendstunde vereinigt hielt.

— Berlin, 27. Februar. [Das statistische Bureau.] Durch einen schweren Unfall, von welchem die Druckerei der Zeitschrift des königlich preussischen statistischen Bureau's betroffen wurde, etwas verspätet, erschien vor Kurzem das IV. Heft vom VII. Jahrgang (1867), dieses für die Kenntniß und Beurtheilung preussischer Zustände fast unentbehrlichen Organs. Es bringt wiederum eine Reihe werthvoller Original-Aufsätze und

lehrender Mittheilungen. Die Inhalts-Übersicht nennt folgende: Vergleich der Holzproduktion und der Produktion an Steinkohlen und Braunkohlen im preussischen Staate, vom königl. Ober-Berghauptmann A. D. von Dechen; Nachweisung über den mittleren Reinertrag der Staatsforsten aus den 3 Jahren von 1864, 1865 und 1866; Actenmäßige Darstellung der Vorbereitungen zu den statistischen Aufnahmen im December 1867, insbesondere der Volkszählung im preussischen Staate und im norddeutschen Bundesgebiete, von Dr. Engel; Geschichte, Umfang und Bedeutung des öffentlichen Feuerversicherungswezens, von dem General-Feuer-Societäts-Director von Hülfsen. — Mit dem 4. Hefte ist Ziel und Inhaltsverzeichnis des ganzen Jahrganges verbunden. Hiesiger der Raum, letzteres zu reproduciren, so würde daraus unüberleglich hervorgehen, daß die Zeitschrift des königlichen preussischen statistischen Bureaus sich die Durchführung fast aller Lebensgebiete zur Aufgabe gesetzt hat und bestrebt ist, letztere in immer vollkommener Weise zu lösen. Unter Anderem haben auch das Versicherungswezen und die Grundcredit-Verhältnisse umfassende Berücksichtigung gefunden. Besonders schätzenswerth sind ferner die Nachweise über die literarischen Acquisitionen des statistischen Bureaus, die dem Leser auf dem Gebiete der Volkswirtschaft und Statistik jede Specialbibliographie mehr oder weniger entbehrlieh machen. — Die Zeitschrift liefert für die jährliche Staatsubvention von 1000 Thlr., die sie erhält, ein Maximum, wenn man dabei berücksichtigt, daß sie an alle königliche und andere Behörden und deren Mitglieder zum Preise von 1 Sgr. pro Bogen resp. 1 1/2 Thlr. pro Jahrgang von 40 Bogen abgegeben werden muß und auch im Buchhandel nur 1 1/2 Sgr. pro Bogen oder 2 Thlr. pro Jahrgang kostet. Im 7. Jahrgange empfangen die Abonnenten statt 40 sogar 44 Bogen ohne Preisaufschlag.

**Schwerin, 26. Febr.** [Eine bedingungsweise Amnestie. — Verbot. — Ein päpstlicher Deserteur.] Dem Herrn G. G. Hoth aus Mecklenburg-Strelitz, welcher bei dem sogenannten Moskauer Hochverrathproceß theilhaftig war und sich 1853 der festschließlichen Verfolgung durch die Flucht entzogen hatte und seitdem in Paris gelebt hat, wurde im Jahre 1865 vom Großherzoge gestattet, in den deutschen Bundesstaaten, jedoch mit Ausnahme von Mecklenburg-Schwerin, sich aufzuhalten, nachdem bereits einige Jahre früher die Beschlagnahme seines Vermögens aufgehoben war. Auch ward ihm im Sommer des Jahres 1865 die Erlaubnis zu Theil, sich zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit 4 Wochen im Badeort Warnemünde aufzuhalten, jedoch nicht länger. Nunmehr hat ihm das Justizministerium die Erlaubnis erteilt, zum Besuche von Verwandten und zur Abmachung von Geschäften im Laufe dieses Monats sich hier aufzuhalten, jedoch nicht länger. Herr G. Hoth hat von dieser Erlaubnis Gebrauch gemacht und verweilt gegenwärtig in Rostock. Jedoch muß er, wenn er sich nicht der Gefahr der Inhaftierung aussetzen will, am 1. März das Land wieder verlassen haben. Schwerin zu glauben, aber buchstäblich wahr. — Ein auf den 24. d. in Friedland Zwecks Berichterstattung über die letzte Reichstagsitzung anberaumte Versammlung ist laut polizeilicher Bekanntmachung bei 5 Thaler Strafe für jeden Theilnehmenden verboten worden. — In Schwerin ward vor einigen Tagen ein päpstlicher Deserteur festgenommen. Aus der Gegend bei der mecklenburgischen Stadt Gredewitz gebürtig, ließ er sich, nachdem er für den mecklenburgischen Militärdienst für unbrauchbar befunden, für die römischen Truppen anwerben und suchte dann das Weite, weil es ihm in Rom nicht länger gefallen zu haben schien. (Vollständig.)

**Flensburg, 25. Febr.** [Die dänische Sprache.] Dem Vorsteher eines Lehrinstituts hieselbst, welcher unter seinen Schülern die dänische Sprache als Unterrichts- und Umgangssprache benutzte, trotzdem daß die offizielle Sprache der Stadt deutsch ist, ist in diesen Tagen von Seiten der Kirchenbehörde geboten, diese Ueberschreitung seiner Befugnisse zu unterlassen. Auch meint man, daß nach Verlegung der Pastoren die noch bestehende dänische Kirche und Gemeinde hieselbst einer Neuordnung, event. Beschränkung entgegen gehen werde.

**Hannover, 27. Febr.** [Hannoversche Flüchtlinge.] Mehrere der in der Schweiz befindlich gewesenen hannoverschen Flüchtlinge sollen noch vor Kurzem von ihren Heimathsbehörden mit Heimathsscheinen versehen sein. Dem Vernehmen nach ist den Obzirkeln höheren Orts eröffnet, daß an preussische Unterthanen, welche sich zu hochverrathlichen Zwecken oder doch in Verlegung ihrer Pflichten gegen das Vaterland im Auslande aufhalten, seitens der Behörden Dokumente nicht erteilt werden dürfen, welche, wenn sie ihre Staatsangehörigkeit befanden, ihnen die Fortsetzung des Aufenthalts im Auslande ermöglichen oder erleichtern. (Hann. C.)

**Köln, 26. Febr.** [Nachspiel zum Carneval.] Nicht ohne Unfall ist der Carneval vorübergegangen. Gestern Abend gerieth ein Soldat des 33. (polnischen) Inf.-Regts. mit Arbeitern aus Raß in einem Wirthshause in der Comödienstraße in Wortwechsel und als man ihn „Polak“ schimpfte, zog er seinen Säbel. Dieser wurde ihm aber von seinen Gegnern entzogen, er dann zu Boden geworfen und so lange von den rohen Menschen auf ihm herumgetreten, bis er, anscheinend todt, in den Händen seiner Marterer entwunden und ins Lazareth gebracht wurde, wo er zwar ins Leben zurückgerufen, aber bald

naher gestorben sein soll. Einer der Thäter wurde bald nach der That in der Bierwirtschaft „Anna“ unter Dominikanern verhaftet. Außerdem ist noch ein Mensch, wie es heißt ein Artillerist, überfahren und dabei erheblich verletzt worden. (Elsf. Z.)

**Bonn, 25. Febr.** [Conflict.] Die „Köln. Z.“ berichtet: Am Sonntag Nachmittag nach 5 Uhr gerieth ein Trupp maskirter Corps-Studenten, welcher mit einem sogenannten „Gänsemarsch“ über den Markt zog, mit mehreren Husaren in ein Sandgemenge, bei welcher Gelegenheit mehrere Säbelverwundungen vorkamen. Namentlich wurde ein Student aus Kiel am Auge erheblich verletzt, während ein anderer, aus Köln, eine an sich ungefährliche Verwundung am Ohr erhielt. Die beiden Verwundeten sind übrigens selbst einjährig-freiwillige Husaren.

**Frankfurt a. M., 25. Februar.** [Preßproceß.] In der heutigen Sitzung der Strafkammer wurde die Anklage gegen den verantwortlichen Redacteur der „Frankfurter Zeitung“ wegen zweier in den Nummern 14 und 26 dieser Zeitung erschienenen Artikel verhandelt. Der erste Artikel mit dem Datum: „Leipzig, 11. Januar“, bespricht den Nothstand in Ostpreußen, verweist auf den Staatschack, erwähnt einer Abwendung von 10,000 Zündnadelgewehren nach Thron und erinnert an Erfahrungen, welche die schlesischen Weber in ähnlichem Falle gemacht hätten. Die Anklage lautet auf Vergehen gegen § 101 des Strafgesetzbuches, indem Anordnungen der Obrigkeit und die Staatseinrichtung des Staatschackes durch öffentliche Schmähungen und Verbreitung entstellter und erdichteter Thatsachen dem Hass und der Verachtung preisgegeben worden seien. Der zweite Artikel: „Von Redar, 22. Januar“ datirt, zieht aus der lebhaften Theilnahme Süddeutschlands für die Nothleidenden in Ostpreußen den Schluß, daß, trotz der Ereignisse von 1866, das geistige Band zwischen Nord und Süd noch fortbestehe. Als gemeinsamer Gegner heider wird Johann das System des dynastischen Militarismus bezeichnet, der den Generalen Dotationen, den Depositionen grandiose Entschädigungen aussehe, für den Bürger und Bauer aber, über dessen Schweiß und Blut er verfüge, kaum ein Almosen übrig halte. Die Anklage lautet hier auf öffentliche gehässige Schmähungen der Anordnungen und des politischen Systems der Regierung, also ebenfalls Vergehen gegen § 101 des Strafgesetzbuches. Nach längerer Debatte entschied das Gericht: Der Artikel in Nr. 14 bejahe, daß die preussische Regierung zwar die Mittel besitze, dem Nothstande in Ostpreußen abzuhelfen, daß sie dieselben aber nicht anwende, wohl aber gegen allenfallsige Ereignisse mit Waffengewalt einschreiten wolle. Dies werde durch die Hinweisung auf die Zündnadelgewehre und die blauen Bohnen noch deutlicher gemacht. In diesen Ueferungen sei aber eine Schmähung der Anordnungen der Obrigkeit im Sinne des § 101 des Strafgesetzbuches zu finden. Dagegen könne eine solche in dem Artikel Nr. 26 nicht gefunden werden. Der Auspruch: „dynastischer Militarismus“ sei vielmehr nur auf die besonders in neuester Zeit in allen größeren Staaten hervortretende Neigung zu einer den volkswirtschaftlichen Wohlstand nicht fördernden Ausdehnung des Militarwesens zu beziehen. Auch der Ausdruck Almosen sei nicht strafbar, da zur Zeit des Erscheinens des Artikels die Staatskasse für Ostpreußen, wie die jüngsten Vorlagen an die Kammern bewiesen, eine unzureichende gewesen sei. Hiernach wird der Redacteur wegen dieses Artikels freigesprochen, wegen des ersten dagegen schuldig befunden und mit Rücksicht darauf, daß er wegen ähnlichen Vergehens noch nicht bestraft worden, zu 30 Gulden Geldbuße (event. 6 Tage Gefängnis) und in die Kosten verurtheilt. Zugleich wird die Vernichtung der betreffenden Exemplare der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 14, dann der den verurtheilten Artikel wiedergebenden Nr. 14 der „Neuen badischen Landeszeitung“ verfügt, dagegen die wegen Wiedergabe des Artikels aus Nr. 26 mit Beschlag belegte Nr. 25 des „Stuttgarter Beobachters“ wieder freigegeben. (Fr. Z.)

## Österreich.

**Wien, 27. Febr.** [Das Budget. — Clerical-feudale Geheimbünde. — Panславistische Agitation.] Mit dem Budget scheint man denn jetzt so ziemlich im Klaren zu sein. In Betreff des Reichs-, oder was hiermit so ziemlich identisch ist, des Kriegsbudgets sind die Delegationen schon halb und halb entschlossen, nachdem die Regierung einmal den durchaus provisorischen Charakter dieses Stats für das Jahr 1868 zugegeben, durch das Extraordinarium zu bewilligen, so daß Heer und Flotte uns wieder in runder Summe 115 Mill. kosten werden. Dieser Umschlag ist dadurch herbeigeführt, daß Reichsfinanzminister v. Becke nachgewiesen hat, wie er noch aus der Zeit der einheitlichen Finanzen her Fonds genug besitze, deren Vertheilung zwischen Cis- und Transleithanien noch nicht erfolgen konnte, um die Nachtragsforderungen des Kriegsministers ohne weitere Belastung der Landesbudgets zu decken, wenn er zur Herausgabe jener Gelder ermächtigt werde. So wird das Deficit der Erblande auf 50 Mill. herabgedrückt werden; und dieses gedeckt Minister Brestel theils durch fortgesetzten Verkauf von Staatsdomänen, theils durch eine freiwillige Anleihe zu decken. Die verhältnismäßig kleine Summe, die für letztere übrig bleibt, läßt kaum einen Zweifel zu, daß die Deckung im Inlande ohne Schwierigkeiten erfolgen wird, da gleichzeitig umfassende Administrativ- und Steuerreformen in Angriff genommen werden. Die liberalen Maßregeln der Regierung müssen das Vertrauen der Bevölkerung kräftigen und dieser zeigen, daß es sich wirklich nur darum handelt, die Uebergangsperiode zu übersehen, bis die angebahnten Reformen ihre praktische Wirksamkeit entfalten können. Außerdem weiß man ja auch recht gut, daß es zur Stunde nur noch Brestel ist, der den Staats-

bankrott um jeden Preis vermeiden wissen will. Mit seinem Rücktritte und der Demission vielleicht noch einiger, aber durchaus nicht aller seiner Kollegen wäre der Bankrott entschieden, wie denn schon jetzt von großen Finanz-Capacitäten (?) ganz offen das Project eingebracht worden ist, den Maicoupon und alle Gewinne von den Staats-Lotterieeffekten nun zur Hälfte baar, zur anderen Hälfte in Bons fällig nach Wiederherstellung des Gleichgewichtes in unseren Finanzen, auszusahlen! Man wird daher Brestel in seinem „letzten Versuch“, den Bankrott zu vermeiden, wohl nach Kräften unterstützen. — Die clerical-feudale Propaganda artet jetzt, wo die Sanctionirung des Chegeßes vor der Thüre steht, in förmliches Complotiren aus, welches den Polizeiminister Grafen Taaffe zu offenem Einschreiten veranlaßt. Wir sind mit einem Sansefisten-Bunde gegnet, der den Adel und Klerus Böhmens, Mährens, Schlesiens, Salzburgs, Tirols, Steiermarks, Ober- und Niederösterreichs umfaßt, geheime Abzeichen, Losungen und eine vollständige Organisation unter mysteriösen Dörfern hat. Die Fäden ruhen zum Theil in den Händen eines Wiener Jesuitenpaters; die Verbindung mit Rom aber wird von einem steirischen Kloster aus geleitet. In seinen Erlässen an die Statthalter hat übrigens Graf Taaffe bereits die Namen vieler Fürsten, Grafen und Domherren, welche diesem Orden angehören, so wie die Chargen, die sie darin einnehmen, angeben können. Die panslawistischen Agitationen im Norden Ungarns unter den dort wohnenden Slovaken und Ruthenen dauern fort, und die Pesther Regierung mit ihren maßlosen Maggarisirungs- und Centralisirungsgelüsten thut Alles, was in ihren Kräften steht, um das Uebel ärger zu machen. Nicht nur wird das Nationalitätengesetz, das Göttsch schon 1861 beantragte, fort und fort auf die lange Bank geschoben — auch das bei der Revision der 48er Gesetze an die nichtmaggarischen Comitats gemachte Zugeständnis, in ihrer eigenen Sprache bei sich zu Hause verhandeln zu dürfen, wird in der Praxis durch allerlei Schikanen illusorisch gemacht.

## Frankreich.

**Paris, 25. Febr.** [Zur orientalischen Frage.] Auch der „Constitutionnel“ nimmt heute die Angriffe gegen die angeblichen Umtriebe Rußlands in der Türkei wieder auf. Indem er die von uns schon gestern mitgetheilten Angaben der „France“ und der „Patrie“ über die bulgarische Bewegung und die Agitation in Rumänien sich aneignet, erklärt er, nicht begreifen zu können, warum die officiellen und officiellen Blätter Rumäniens, Serbiens und Rußlands immer noch leugnen wollen, während doch das serbische Insurrectionsblatt „Zastawa“ bereits zugestehet, daß ein Aufstand für die Erhebung Bulgariens bestiehe, daß derselbe durch Geldgeschenke unterstützt werde, daß er Waffen sammle und sich sogar acht Kanonen verschafft habe, daß die Aufständischen kleine Abtheilungen bilden und daß „2000 bulgarische Helden“ zum Donauübergang bereit und der Kern der ganzen Schilderhebung sind.

Wir wünschen durchaus nicht, die rumänische, russische oder selbst serbische Regierung für dies Alles verantwortlich zu machen. Aber die politischen Interessen von höchster Bedeutung, welche durch alle diese Umtriebe, die viel weniger geheim sind, als ihre Urheber zu glauben scheinen, in Frage gestellt sind, nöthigen uns, die Wahrheit nicht entstellen zu lassen. Es mag den Donauregierungen unangenehm sein, sich gewissermaßen mit Thatsachen in Zusammenhang gebracht zu sehen, denen wir sie gerne fernstehend glauben möchten. Aber zeigt man sich sehr geschickt, wenn man dieselben leugnet? Wahrheit politisch wäre es gewesen, sich nicht systematisch von einem befreundeten Lande wie Frankreich während der langen Krisis zu isoliren, die Europa durchgemacht hat, eine Krisis, die einen so großen Einfluß auf das Loos jener Provinzen haben konnte.

[Die gestrige Sitzung des gesetzgebenden Körpers], über deren stürmisches Ende bereits wir berichtet haben, nahm von vorn herein einen ziemlich unheimlichen Verlauf. Nach Verlesung des Protokolls nahm Herr Didier, Vertreter des Kriegs-Departements, das Wort zu einer Reihe von Bemerkungen, die sofort kundgaben, daß derselbe von einer plötzlichen Geistesstörung befallen war. Man ließ ihn gewähren, doch giebt der „Moniteur“ die Rede nur in einer sehr abgekürzten und gemilderten Fassung wieder. Immerhin fehlte es derselben nicht an einer gewissen Logik, wie folgende Stelle zeigt:

„Wenn Jedermann gemäßig, aufrichtig, vorurtheilslos und wahrhaft unabhängig sein wollte, so würde er in allen Fragen den Eingebungen seines Gewissens folgen. Man würde nicht wenig erstaunt sein, auch mich manchmal für, manchmal gegen das Ministerium stimmen zu sehen. Allein es bedarf einer gewissen Disciplin, Angesichts von Gegnern, die von vornherein gegen uns eingenommen sind, und so lange dieselben entschlossen sind, gegen die Regierung zu stimmen, wenn sie in ihrem Rechte ist, so lange werde ich für die Regierung stimmen, wenn sie im Unrecht ist, ganz im Sinne der Worte des berühmten Cäsar: Perier: „Ich bedarf meiner Freunde nur, wenn ich Unrecht habe!“

Nachdem dann wieder einige liberale Amendements zum Preßgesetze auf den entschiedenen Einspruch Rouher's abgelehnt waren, gelangte man zu der Interpellation des Barons de Janzé wegen verweigerten Einschreitens gegen das amtswidrige und strafbare Verhalten

## Dr. W. Jordan's Nibelunge.

### Vierte Rhapsodie.

Wenn sich bei einer längeren Reihe von Vorträgen der Berichterstatter nicht selten in die feinsten, angenehme Lage versetzt, von einem allmächtigen, auch ihm wohl begreiflichen Erhalten der vielleicht anfangs sehr lebhaft gewesenen Theilnahme des Publikums, sei es auch in der schonendsten Form, Zeugnis geben zu müssen; so hat sich dagegen Herr Dr. Jordan schon dadurch begründeten Anspruch auf unsern Dank zu erwerben gewußt, daß er uns in diese Lage gewiß nicht gebracht hat. Man müßte sich im Gegentheil weit von der Wahrheit entfernen, wollte man nicht anerkennen, daß auch sein viertes Auftreten als Rhapsode am vorigen Dinstage von einem Erfolge begleitet gewesen ist, der unsern früheren Besprechungen die vollstündigste Rechtfertigung geben würde, wozu sie einer solchen in der That noch bedürften. Der alademische Mißfall war wieder gefallen, und wenn uns auch freilich die schon von Andern bedauerte Thatsache, daß sich gewisse Kreise der höheren Gesellschaft den Jordan'schen Vorträgen gegenüber noch consequent feindlich verhalten, auf's Neue entgegentrat, so wird man dieselbe doch schwerlich als ein irgendwie gültiges Verdict des gebildeten Publikums auffassen dürfen. Wir sahen ja im Gegentheil gerade die Männer, denen die sorgfältige Veranbaltung des künftigen und — wir hoffen doch — jedenfalls besten Geschlechtes vertraut ist, auch dieses Mal wieder sehr zahlreich vertreten und wir erblickten zugleich einen Damentreiß, dessen Anwesenheit ihm selbst gewiß ebenso sehr als dem Dichter zur Ehre gereicht hat. Doch — sei es damit, wie es sei — wir werden uns immer nur freuen, daß uns die beiden, an diesem Abende zum Vortrage gebrachten Stellen der Jordan'schen Dichtung — die Weissagung Oda's und die Jagd im Odenwalde — durch den Dichter selbst zu Gehör gebracht wurden.

Freilich erscheint es uns noch, was die erstere anlangt, sehr fraglich, ob der epische Dichter der neueren Zeit (die entgegengesetzte Verneinung auf Virgil und auf sonstige Meister der älteren Zeiten beweist uns hier nichts) sich nicht vor Allem für die Erhaltung des historischen Colorits stets mit solcher Strenge befohlen zeigen muß, daß er einer Seherin wie Oda nicht solche bestimnte Hinweise auf künftige Ereignisse, wie den auf das endliche Schicksal Napoleon's I., in den Mund legen darf, und nicht minder gestatten wir uns, was die zweite betrifft, die bescheidene Frage, ob nicht die warnende Stimme der Vögel, die übrigens einzeln betrachtet stets gut motivirt ist und darum auch ihre Eindringlichkeit verleiht, doch zu oft wiederholt ist.

Somit aber gestehen wir nicht allein gern, daß uns auch hier wieder die Fülle und Großartigkeit, vor Allem jedoch die bezaubernde Frische der Bilder auf's Höchste erfreut und im tiefsten Gemüthe erquickt hat, sondern wir nehmen auch keineswegs Anstand, den Dichter darüber zu preisen, daß er im Umgang mit der Natur sich des süßen Geheimnisses so überaus glücklich bemächtigt hat, durch welches sich die unterirdische Menschenseele trotz aller fahnen Kultur selbst noch heute so gern in lebendigen Contact mit den Geheimnissen der Natur, in Feld und Flur, in Wald und Gebirg, der zuletzt allen Wesen gemeinsamen Heimath gedenkt, gebracht sieht. Wohl dem, dem die Stimme der Wälder, das Murmeln der Quellen, das Flüstern des

Laubs und die Sprache der Thierwelt, von der uns die Sagen und Märchen so Wunderbares erzählen, noch nicht zu den Abgeschmacktheiten, die unserer Beachtung nicht werth sein, oder zu den Gründungen, mit denen sich ebendenn nur eine trane oder doch nur von der fabelhaftesten Unwissenheit befangene Phantasie tragen konnte, gehören! Gerade der wirkliche Kenner der reinen Natur wird sich freuen, in unserer verkümmerten Zeit solcher Kunst zu begegnen, wie sie Herr Dr. Jordan in diesen, durch den Reichtum der herrlichen Symbolik ausgezeichneten Stellen seiner „Nibelunge“ zu empfinden gewußt hat. Wir unterseits fühlen sehr wohl, daß es vergeblich wäre, die einzelnen Schönheiten besonders namhaft zu machen, durch die sich die Schilderung von Siegfrieds Jagd und von Siegfrieds Tod in der Jordan'schen Dichtung — so wenig wir, offen gestanden, gerade in Hinsicht auf diese Scenen das gewöhnliche Nibelungenlied über ihr zu vergessen im Stande sind — aufs Beste hervorhört. Als eine Stelle von ganz besonders mächtiger Wirkung glauben wir aber trotzdem die hervorheben zu müssen, in der die Verfinsternung der Sonne und das Hervortreten jener Gestirne geschildert wird, mit denen das Schicksal des Helden, wie es die Sage mit gutem Grund will, auf das Engste verknüpft ist.

Indem wir auf diese Weise auch auf die vierte Rhapsodie des Herrn Dr. Jordan nur mit hoher Befriedigung noch zurückblicken können, bemerken wir, daß die fünfte und letzte künftigen Sonntag, Abends 5 Uhr, stattfinden soll.

[Der königl. Historiograph Prof. Dr. J. D. Preuß.] Biographie Friedrichs des Großen, welcher, wie schon gemeldet, am 25. d. M. zu Berlin in dem hohen Alter von 82 Jahren gestorben ist, war am 1. April 1785 in Landsberg an der Warthe geboren; 1806 ging er auf die Universität zu Frankfurt a. M., um Theologie zu studiren, wozu ihm die aber vorzugsweise der Geschichte. Nach Ablauf seiner alademischen Jahre lebte er in Berlin und wurde hier in Folge seiner Schrift: „Die schönen Künste in Deutschland“ 1816 als Lehrer der Geschichte und deutschen Literatur an das medicinisch-chirurgische Friedrich-Wilhelms-Institut berufen. In dieser Stellung erkannte er die vaterländische Geschichte mehr und mehr als seinen eigentlichen Lebensberuf. Sein Hauptwerk: „Friedrich der Große. Eine Lebensgeschichte“ erschien in den Jahren 1832 bis 1834, die Biographie in vier Bänden, das dazu gehörige Urkundenbuch in fünf Theilen. Es folgten dann eine fülle gefasste „Lebensgeschichte des großen Königs von Preußen, Friedrichs II.“ in 2 Bänden, „Friedrich der Große als Schriftsteller“, „Friedrich der Große mit seinen Verwandten und Freunden“, „Friedrich der Große Jugend und Thronbesteigung“ (als Jubelchrift 1840) u. a. m. Unter der Regierung Friedrich Wilhelms IV. war es vor Allem die unter dessen Aufsicht erscheinende neue Original-Ausgabe der Werke Friedrichs II., welche Preuß Jahre lang beschäftigte. Doch war er bis in sein ehrendes Greisenalter noch geistig rüstig und vielfach auf dem Felde vaterländischer Geschichte thätig, wenn auch nur in kleineren Arbeiten. Noch in der jüngsten Sonntags-Beilage zur „Post, Btg.“ Nr. 8 veröffentlichte Preuß einen Beitrag zu der Frage: „Von wem ist das Lied „Jesus meine Zuversicht“ der Kurfürstin Louise Henriette zuerst zugeschrieben worden?“

[Aus Californien.] Den neuesten Berichten aus Californien zufolge wird die Goldausbeute in Californien in nächster Zeit wahrscheinlich abnehmen, nicht allein durch die Zunahme der Weizenkultur im ganzen Staate, sondern weil den chinesischen Goldsuchern eine monatliche Steuer von etwas über 5 Thlr. auferlegt worden ist, wodurch Tausende derselben aus der Goldregion verschucht wurden.

[Sophie Schröder.] Die einst hochberühmte Tragödin, ist am 25. d. zu München gestorben. Sophie Schröder, am 29. Februar 1781 in Baderborn geboren, wurde nächsten Sonnabend ihr 87. Lebensjahr vollendet haben und werden ihre sterblichen Ueberreste 2 Tage vor ihrem Geburtstage, Donnerstag den 27. d., Nachmittags, dem Schoße der Erde zurückgegeben werden. Sophie Schröder war bekanntlich die Mutter unserer zu früh verstorbenen größten dramatischen Sängerin, Wilhelmine Schröder-Devrient, welche 1805 während des Engagements Sophies an der Hamburger Bühne geboren wurde. Wie man sich erinnern wird, verließ Sophie Schröder im Jahre 1813 Hamburg, weil Marschall Davoust sie wegen einer auf der Bühne geäußerten patriotischen Improvisation in das Innere von Frankreich bringen lassen wollte. Ihr künstlerisches Wirken an den Hoftheatern in Wien und München ist bekannt. 1840 wurde Sophie Schröder in Wien pensionirt, im Mai 1854 trat sie jedoch noch einmal bei den Vermählungsfeierlichkeiten des Kaisers Franz Joseph am Wiener Hoftheater auf. Ihre hervorragendsten Partien waren: Phädra, Medea, Sappho, Metope, Lady Macbeth, Königin Elisabeth.

\* [Stenographisches.] So eben ist ein Büchlein erschienen unter dem Titel: „Die Resultate der vom königl. Ministerium beauftragten Stenographen-Bureaus für den norddeutschen Reichstag angeordneten stenographischen Concurrenzschreiben zu Berlin am 18. Februar und 7. September 1867. Ein Beitrag zur Beurtheilung der Leistungsfähigkeit der theilnehmenden Stenographen-Systeme. Auf Veranlassung des westdeutschen Stenographenbundes zusammengefaßt von einem ehemaligen Gabelbergerianer. Münster. Verlag von C. J. Fabe, 1868.“

Der Zweck dieser Zeilen ist der, solche Personen, welche Aufschluß darüber erlangen wollen, welches der beiden um die Herrschaft streitenden Systeme, Stenografie oder Gabelberger, das vorzüglichere sei, auf die genannte Broschüre aufmerksam zu machen. Sie liefert einen nicht zu widerlegenden Beitrag zu der genannten Frage in Beziehung auf die Praxis; sie weist nämlich nach — und zwar aus amtlichen Quellen — wie in den beiden Concurrenzschreiben jedesmal die mitstreichenden Gabelbergerianer den Stenographen unterlegen sind und folgert daraus mit Recht, daß in praktischer Beziehung das Stenografische System vorzuziehen ist. Die Urtheile über die Leistungsfähigkeit der concurrenzierenden Gabelbergerianer, die noch dazu die ausgezeichnetsten Kräfte waren, entnimmt die Broschüre viel weniger den Stenografischen Zeitschriften, als vielmehr Gabelbergerischen Blättern, die selbst eingeleitet, daß bei diesen Concurrenzschreiben das Gabelberger-System eine arge Niederlage erlitten hat, deren able Folgen sich schwerlich ableugnen oder verwischen lassen werden.

eines Friedensrichters. Wie aus Allem hervorgeht, war die in Rede stehende Persönlichkeit wegen ihres unwürdigen Benehmens bei der ganzen Bevölkerung des Kantons und bei den übrigen Friedensrichtern selbst in völlige Mißachtung gerathen und hatte schon vor längerer Zeit sich in's Privatleben zurückziehen müssen. Die begehrte Untersuchung wurde jedoch von dem Staatsprocurator, der dem betreffenden Individuum wohlwollte, in jeder Weise erschwert und verhindert. Der Justizminister Baroche sucht die Thatfachen möglichst abzuschwächen, ohne den Friedensrichter gerade in Schutz zu nehmen, und den Grund der Animosität zum Theil in lokalen Reibungen und Zwistigkeiten zu finden. Die Versammlung geht über die Interpellation zur einfachen Tagesordnung über. — Hierauf bestieg Gavini die Tribüne, um der Versammlung von dem Schiedsspruch in der Kervogueschen Sache Kenntniß zu geben. Der Bericht des „Moniteur“ verfolgt den Verlauf natürlich nur bis zu dem Augenblick, wo der Präsident die Sitzung schloß; er lautet:

Gavini: Meine Herren! Ich habe das Wort verlangt, um persönliche Thatfachen vor Sie zu bringen. Sie werden sich eines Zwischenfalles erinnern, den ich nicht qualifizieren will. (Lärm.) Ich bitte, mich drei Minuten lang in Stille anhören zu wollen; ich bringe kein aufreizendes Wort auf die Tribüne, aber ich will Sie an einen Zwischenfall erinnern, den ich nicht qualifizieren will. Mein ehrenwerther College Guéroult und ich sind von dieser Tribüne herab schwer beleidigt worden. (Lärmende Unterbrechung. Granier de Cassagnac: Nicht im Mindesten! Mehrere Mitglieder: Dies geht uns nichts an!) Präsident David: Herr Gavini! Sie sehen, daß die Kammer Sie nicht anhören will; ich kann Sie nicht fortreden lassen. Sie wollen die Kammer mit Fragen bedrängen, von denen dieselbe schon zu viel in Anspruch genommen worden ist. (Ja! Ja!) Gavini: Entschuldigen Sie, Herr Präsident! Ich will nur Kenntniß geben. (Neue Unterbrechungen. Viele Majoritätsmitglieder verlassen ihre Plätze.) Präsident David: Ich kann Sie nicht zur Sache zurückrufen, um die Kammer zu betragen; ich finde keinen Gegenstand, der nach der Aufstellung der Tagesordnung vorzukommen könnte. Ich bitte, verzichten Sie selbst auf das Wort, oder ich werde die Sitzung aufheben. Gavini: Meine Herren! Sie haben den Angriff mit angebracht. (Neuer und so starker Lärm, daß man den Redner nicht weiter versteht.) Präsident: Die Sitzung ist geschlossen. — (Es ist 5 1/2 Uhr.)

So weit der offizielle Bericht. Die auf den Schluß der Sitzung folgende unbeschreibliche Scene ist schon erwähnt.

(Ueber den Unfall des Deputirten Didier) äußert sich der Sitzungsbericht in der „R. Z.“ wie folgt:

Bald darauf bestieg auch Didier die Tribüne unter dem Zeichen des Kreuzes und überließ sich sodann in der heftigsten, aber unzusammenhängenden Weise seinen Wuthausbrüchen, so daß die Kammer Mühn genug hatte, „durch Geräusch aller Art“ die Stimme des Redners zu überhören. In der Hitze der Exaltation zerfiel Didier mehrere Bretter der Tribüne und mußte schließlich, als er erschöpft zusammenfiel, aus dem Sitzungssaal getragen werden. Stiller Ueberbrenntung gemäß sollte weder der analytische, noch der vollständige Kammerbericht des „Moniteurs“ des Zwischenfalls Erwähnung thun. Da erschien plötzlich Nachts gegen 12 Uhr Herr Didier, mit zwei Revolvern bewaffnet, in den Büreau des Herrn Dalloz vom „Moniteur“ und verlangte, die Correctur-Abzüge seiner Rede durchzusehen. Da diese nicht vorhanden waren, und um den Lebenden zu beruhigen, mußte einer der anwesenden Redacteure des stenographischen Sitzungs-Berichtes einige Phrasen aus dem Gedächtnisse auf das Papier werfen, die Herrn Didier dann alsbald in Correcturabzügen vor Augen gelegt wurden. Noch in der Nacht oder feste man die Mitglieder der Linken in Kenntniß von dem, was man dem Protokolle des „Moniteur“-Berichtes hatte zufügen müssen, mit der Bitte, den Gegenstand nicht zur Besprechung zu bringen.

Eine andere Pariser Correspondenz enthält darüber folgendes:

„Am Anfang der Sitzung nahm Herr Didier das Wort. Doch hören Sie, was Vormittags vor der Sitzung vorkam. Morgens präsentirte sich ihm der Vorzimmer des Herrn Staatsministers ein Herr, als Türke verkleidet, um sofort Herrn Rouher zu sprechen. Nun ist man zwar im Carneval, nichtsdestoweniger aber wollte der Hüßler dem Unterthan der hohen Pforte die Thüre weisen, als der Türke eine Visitenkarte präsentirte: „Didier, Abgeordneter zum Gesetzgebenden Körper.“ Vorgelesen, warf der Türke dem Staatsminister in den allerheftigsten Ausdrücken vor, das Kaiserreich durch all die liberalen Zersetzungsarbeiten dem Untergange entgegenzuführen, daß nur dann Rettung möglich sei, wenn alle Männer sich um Herrn Granier de Cassagnac scharen und daß er (Didier) die Tribüne bestiegen und in diesem Sinne sprechen wolle. Herr Rouher ließ den Türken nach Hause gehen; nichtsdestoweniger kam Herr Didier in die Sitzung und hielt seine Rede. Um den offenbar unzurechnungsfähigen Herrn Abgeordneten, der die Tribüne zu zerrüttern und den Abgeordneten ein Dinteufach an den Kopf zu schleudern Miene machte, nicht noch mehr aufzureizen und dem Scandal nicht größere Ausdehnung zu geben, ließ man ihn aussprechen, — rief ihn dann in ein Vorzimmer, um ihn — höre ich — in ein „maison de santé“ zu bringen. Dieser Didier (den man so ohne Maulkorb herumlaufen ließ) ist derselbe, der schon vor drei Jahren gewaltsam in die Wohnung des Herrn Willems einbrang, um ihn zu schlagen. Granier de Cassagnac und Didier die Retter des Kaiserreichs!“

Nach noch anderen Nachrichten machte ein Gehirnschlag dem Leben dieses Deputirten, der die Angelegenheiten Algeriens zu seiner Specialität zu machen pflegte, ein Ende. Er wurde ohnmächtig aus der Sitzung getragen, schon wenige Stunden nachher soll er gestorben sein.

[Demonstrationen am Jahrestage der Februar-Revolution.] Die Aufregung, die in Paris herrscht, schreibt man der „R. Z.“ ist im Zunehmen begriffen. Die erste Demonstration fand heute Morgen zwischen 9 und 10 Uhr in den Champs Elysées statt. Es kam nämlich ein aus drei Wagen bestehender Zug, dem ein Musikkorps voranschritt, die Champs Elysées herunter. Auf dem ersten Wagen befanden sich Männer, Frauen und Kinder, Alles in Waffen, und darüber stand: „La loi militaire“; auf dem zweiten befand sich eine ungeheure Zeitung mit dem Titel: „L'Empire“, auf welcher aber nichts zu lesen war; ein großes Banner schwebte darüber mit der Aufschrift: „Loi de la Presse“; der dritte Wagen endlich war ganz leer; keine Menschenfelle war darauf zu sehen, eine Fahne trug die Aufschrift: „Droit de Réunion“. Die drei Wagen, die von ungefähr 20 bis 30 Reitern zu Pferde, die alle mit Trauerfloren geschmückt waren (es sollen Studenten gewesen sein) und von denen einer eine Standarte mit der Aufschrift: „La France libre“ trug, begleitet waren, gelangten aber nur bis zur Mitte der Champs Elysées. Dort wurden sie von einem Polizei-Commissar, der sich an der Spitze zahlreicher Agenten befand, angehalten. Derselbe nahm die Embleme weg und geleitete den ganzen Zug nach seiner Amtswohnung. Eine Demonstration anderer Art ereignete sich, als die fetten Ochsen den Tuilerien ihren Besuch abschiedeten. Die Ochsen kamen dort um 1 Uhr an, wo, wie dies immer der Fall ist, der Kaiser, die Kaiserin, der kaiserliche Prinz und der ganze Hof sich auf dem großen Balcone befanden. Der Schlächtermeister Dubal begab sich in die Tuilerien, um Ihre Majestäten zu begrüßen. Als er wieder herunter kam, spielten die Musikbänder das bekannte: „Partez pour la Syrie“, und die Escorte der Ochsen stimmte das „Vive l'Empereur“ an. In diesem Augenblicke ertönte plötzlich ein gewaltiges, man könnte sagen, tausendstimmiges: „Thiers, Thiers!“ Was das Wort bedeuten sollte, weiß ich nicht genau; es schien aber ein Lösungswort zu sein, was auch wieder laut wurde, als die Ochsen zur Begrüßung des Prinzen Napoleon nach dem Palais Royal zogen. Die Polizei, obgleich sie in Unzahl vertreten war — auf dem Carrousselplatze befand sich eine doppelte Cavalleriebedeckung für die Ochsen — schritt nicht ein und ließ den Ruf: „Thiers!“ ruhig seinen Lauf gehen. Wahrscheinlich sollte der Ruf andeuten, daß man das Juli-Königthum dem jetzigen Regime vorziehen würde. Wie dem nun auch sein mag, vom Palais Royal an war die Menge, welche sich in ungeheuren Massen auf dem Carrousselplatze eingefunden hatte, ruhiger, und bis jetzt hörte ich nicht, daß es zu anderen Demonstrationen gekommen sei. Paris selbst hat ein ungewöhnlich belebtes Aussehen. Alles ist auf den Beinen, und man sieht besonders eine ungeheure Anzahl von Blumenmännern. Außer den „fetten Ochsen“ wurden auch noch zwei „fette Pferde“ in Paris herumgeführt. Es ist keine Parodie auf die fetten Ochsen, sondern die Pariser Pferdehändler haben diese Promenade als Reclame für ihr Geschäft organisiert. Eine große Zahl anderer Züge, aber alle auf „Reclamen“ basirt, durchziehen noch die Straßen. Privatmasken sieht man dieses Jahr noch weniger, als früher. — Nachschrift. So eben höre ich, daß es auf dem Pont Neuf zu Balgereien zwischen Polizei-Agenten und Blumenmännern, zu einem ernstlichen Handgemenge gekommen ist und Verhaftungen stattgefunden haben. Anlaß dazu gaben Demonstrationen, welche man vor der auf der genannten Brücke stehenden Reiterstatue Heinrichs IV. machte. Den fetten Ochsen ging nämlich eine Schaar von 300 Blumenmännern voraus. Als dieselben an der Statue anlangen, machten sie plötzlich Halt, zogen

ihre Mähen ab und brachten ihr eine Ovation dar (nach Einigen sollen sie die Pariserne, eine Art von Mariellage, angeknüpft haben). Dann zogen sie weiter. Den Ochsen folgte eine zweite Schaar Blumenmänner, die dasselbe Manöver ausführen wollten, die Polizeidiener ließen es aber nicht zu und fielen über sie her. Ein ziemlich bestiger Kampf entbrach, wobei den Polizeidienern der Sieg verblieb. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

## Großbritannien.

E. C. London, 25. Febr. [In der gestrigen Sitzung des Oberhauses] wurde ein kleines Vorspiel zu der großen irischen Debatte aufgeführt, welche im Unterhause die nächsten Abende in Anspruch nehmen wird. Angeregt wurde der Gegenstand durch den Marquis of Clanricarde, der seine schon im vorigen Jahre eingebrachte Bill abermals einbrachte und die Ueberzeugung aussprach, daß der in ihr angeordnete Mittelweg den Beschwerden Irlands wirksam abhelfen werde. Er vertritt die Behauptung, daß die Beziehungen zwischen den irischen Grundbesitzern und Pächtern gegenwärtig befriedigender seien, als je zuvor, daß die kleinen Pächter gar keinen Wunsch nach langen Pachtcontracten haben, daß Bright's Vorschlag, die kleinen Pächter in kleine Freibauern zu verwandeln, durchaus nicht zweckentsprechend wäre, und daß die Unzufriedenheit in Irland schwinden würde, wenn nur ein besseres Rechtsverhältnis zwischen den Pächtern und Pächtern festgestellt wäre. Dies eben strebe seine Bill an, indem sie dem Pächter eine billige Entschädigung für die auf seiner Pachtung eingeführten Verbesserungen gemäße. — Lord St. Leonard erklärt sich gegen jeden neuen legislativen Act, so lange nicht erwiesen sei, daß die im Jahre 1860 erlassene begünstigende Parlamentsacte ihren Zweck verfehlt habe. Dieser Ansicht tritt Lord Kimberley (früher Bodehouse) entgegen. Aus den Zuständen Irlands und einem Vergleich derselben mit denen in Schottland und England ergebe sich die Nothwendigkeit parlamentarischen Einschreitens von Selbst. Zu warnen jedoch sei vor zwei Dingen: vor einer Gesetzgebung in Reich und Bogen, da dieselbe Reform nicht für alle Grafschaften des Landes gleichmäßig anwendbar und ersprießlich wäre; und vor revolutionären Maßregeln, wie sie von anderer Seite (von Bright und Mill) vorgeschlagen worden seien und nur dazu dienen würden, das Jeniethum zur Verfolgung seiner Zwecke aufzumuntern. — Lord Malmesbury, welchem in Abwesenheit des Premiers die Führung des Oberhauses anvertraut ist, will der Forderung der Clanricarde'schen Bill nicht in den Weg treten, vertritt aber auf die Bill, welche die Regierung selber am morgigen Tage (am 25.) im Unterhause einbringen werde. Hierauf beantragte er die zweite Lesung der Bill behufs Suspension der irischen Habeascorpusacte auf noch ein Jahr, die Hoffnung aussprechend, daß vor Ablauf desselben die Regierung im Stande sein werde, dem irischen Volke diese Beschränkung der persönlichen Freiheit wieder abzunehmen. Lord Russell erklärt, daß das Haus werde diesem Antrage schwerlich Widerstand entgegenstellen, da er leider eine Nothwendigkeit sei, und der Regierung die Anerkennung nicht verweigert werden dürfe, daß sie in Irland mit maßvoller Festigkeit aufgetreten sei. Wohl aber hätte das Haus durch die Regierung von deren Plänen zur Beseitigung der traurigen Zustände Irlands in Kenntniß gesetzt werden sollen. In keinem anderen civilisirten Lande Europas gebe es so große, und er müsse sagen, so begründete Unzufriedenheit als in Irland, die zumal bei einem etwaigen Bruche mit Amerika die größten Gefahren für England herbeiführen könnte. Was zu ihrer Hebung geschehen müsse, geschehe rasch und gründlich, vor Allem in Betreff der Abschaffung der Staatskirche, die eine Anomalie ohne Gleichen sei und vom irischen Volke als ein Zeichen der Knechtschaft gehaßt werde. — Earl Grey spricht im selben Sinne wie Lord Russell, und bezieht sich dabei fernerer Ausdrücke gegen das hochwürdige Institut. — Wogegen Lord Hardwicke höflich bemerkt, daß Lord Russell, nachdem er viele Jahre an der Spitze der Regierung gestanden, wunderbarer Weise erst jetzt die schädlichen Einflüsse der irischen Staatskirche zu erkennen angefangen habe. Er selber sei für eine vollständige Gleichstellung der beiden Landeskirchen, mit einer bloßen Abschaffung der Staatskirche aber werde mehr Schlimmes als Gutes erreicht werden. — Nachdem Lord Ellenborough sich in ähnlicher Weise ausgesprochen, der Marquis of Westmeath dagegen vor jeder den Katholiken zu machenden Concession, als einem unheilvollen Schritte gewarnt hat, wird die Suspensionsbill zum 2. Male gelesen.

[Ueber den König Georg von Hannover] schreibt man der „R. Z.“ von hier von unterrichteter Seite: „König Georg läßt durch seine Bevollmächtigten hier alle jene Geldposten einziehen, welche nicht zu den Staatsgebern gehören, die nach dem Vertrage mit Preußen zurückgesandt worden, sondern als sein Privateigenthum ihm verblieben sind und im Juni 1866 nach England befördert wurden. Diese Summen werden nach Hiesigkeit geschickt, so daß hier kein Vermögen des Königs zurückbleiben wird. Es liegt darin wohl ein bestimmter Hinweis, daß König Georg nicht Willens erscheint, seinen Aufenthalt nach London zu verlegen.“

[Gegen den Ergouverneur von Jamaica, Mr. Eyre] werden die gerichtlichen Schritte wegen der bekannten Vorgänge auf der Insel am kommenden Donnerstag hier wieder aufgenommen werden. Die Parlamentsmitglieder Stuart Mill und P. A. Taylor vertreten durch Sir R. P. Collier und Mr. Horne Payne wollen vor dem Polizeigerichte in Bow Street die zur Zeit in Market Drayton durchgefallene Klage abermals anstrengen. Wie es heißt, beabsichtigt Mr. Eyre für den Fall, daß ein Haftbefehl gegen ihn erlassen werden sollte sich zu stellen.

[Die Gewerksvereine] tragen Sorge, daß man ihre unheilvolle Tendenz nicht aus dem Gedächtnisse verliert. In einer Gießerei bei Glasgow wurde in diesen Tagen in mehrere von Nichtunionisten bereit gemachte Formen vor dem Gusse Wasser gegossen. Das Gießergewerk wurde glücklicherweise rechtzeitig bemerkt und der Thäter zur Haft gebracht. Hier in der Hauptstadt brachte einer der Mitglieder des Untersuchungsausschusses für die Nothleidenden im Osten der Stadt verwichenen Abend zur Kenntniß dieses Ausschusses, daß 35 Schiffszimmerleute, die auf einem der Werfte hauptsächlich zur Abhilfe der Noth wieder in Arbeit genommen worden waren, die Thätigkeit eingestellt haben, weil ihre Union gegen eine Lohnherabsetzung, die auf die ganze Woche einen Schilling betrug, Einspruch erhoben. Nicht eben rühmlich ist es dabei für das heimische Geschäft, wenn den Fabrikanten zu Ohren kommt, wie z. B. in vergangener Woche eine Baumwollenspinnelei in Preston eine bedeutende Sendung Maschinen aus Belgien erhalten hat, die incl. Transport sich noch 15 pCt. billiger stellen als das englische Fabrikat.

## Provinzial-Beitrag.

### Die Angelegenheit der Verbindungsbahn.

Die Kammercorrespondenzberichte haben die Debatte im Abgeordnetenhaus über diese Frage von lokaler Wichtigkeit so gekürzt mitgetheilt, daß wir erlucht worden sind, die Rede des Abgeordneten Laßwitz und den Gang der Verhandlungen nach dem stenographischen Bericht nach nachträglich mitzutheilen. Dem Antrage des Referenten Dr. Beder auf Tagesordnung, stand der Laßwitz'sche Antrag auf nochmalige Prüfung der Sachlage seitens der Regierung entgegen. Dr. Beder theilt mit, daß er einen Plan der Stadt auf dem Tische des Hauses ausgelegt habe. Die Petenten, meinte er, stellen den Antrag, daß das Haus im Widerspruch mit seinen früheren Beschlüssen und im Widerspruch mit dem Gesehe, welches durch die drei Factoren der Gesetzgebung zu Stande gekommen und in der Gesetzesammlung publicirt sei, sich für einen Plan der Verlegung der Breslauer Verbindungsbahn interessire. Die von den Petenten empfohlene Linie sei außerdem 1850 Ruthen, beinahe eine deutsche Meile länger als die seitens der Bahnverwaltung projectirte. \*) Hr. Abg. Laßwitz äußerte sich folgendermaßen: Meine Herren! Wenn ich gewußt hätte, daß der Herr Referent den von den Petenten eingebrachten Plan der Stadt Breslau hier auf den Tisch des Hauses niederlegen würde, so würde ich die Petenten veranlaßt haben, einen Plan einzureichen, der ein ganzes Feld der Wand hinter dem Ministerthum eingenommen hätte; dann hätte man sich gründlich von der Sache unterrichten können; so haben nur Einzelne es einsehen können. Meine Herren, seit langer Zeit hat kein Gegenstand den einen Theil der Breslauer Einwohnerschaft so sehr in Aufregung gesetzt, als diese Verbindungsbahn-Angelegenheit. Früher war es die selig entschlafene Ohle, die den Brüllungen in Breslau abgab. Jetzt ist es ein Ding, das zwar zur Zeit noch auf dem Papiere steht, also noch nicht Thatfache geworden ist, welches den Brüllungen für einen Theil der Einwohner von Breslau abgeben muß. Meine Herren, man

\*) Das Comité contra Verbindungsbahn hat bereits öfter in der Presse, sowie auch in der Sitzung im Handelsministerium, an welcher eine Deputation des Comité's Theil nahm, ausführlich durch Zeichnungen nachgewiesen, daß diese Differenz nicht 1 Meile, sondern nur 500 Ruthen betrage.

stellt sich das Ding vor — und deshalb haben die Petenten der Petition auch einen Holzschnitt beigelegt — als eine große chinesische Mauer, durch die ein Theil von Breslau, der jetzt eben damit verbunden worden ist, wieder losgetrennt werden soll, eine chinesische Mauer, die zwischen zwei Theile der Stadt gleichsam gezogen werden soll, mit einigen Oeffnungen und Durchgängen. Auf dem Bilde erscheinen dann auch einige Chinesen und freuen sich, daß sie den Kopf ihres Vaterlandes wiedersehen. Meine Herren, obgleich der Herr Referent Ihnen die Linien und die ganze Situation der Verbindungsbahn schon angegeben hat, möchte ich Sie doch noch einigermaßen mit der Deutlichkeit bekannt machen. Die gegenwärtige Verbindungsbahn ist im Jahre 1844 erbaut worden. Sie ist eine einseitige Bahn; sie war ursprünglich zum Pferdebetrieb bestimmt und ist auch in den Jahren 1845 und 1846 nur mit Pferden betrieben worden. Der wachsende Eisenbahnverkehr machte es nothwendig, den Betrieb mit Dampftrakt einzurichten. Diese Nothwendigkeit steigerte sich, als die Schnellzüge zwischen Berlin und Wien, sowie Krakau eingerichtet wurden. Seitdem ist der Verkehr in Breslau auf den Eisenbahnen, namentlich auf der Oberschlesischen und durch den Hinzutritt der Posener Bahn, so gestiegen, daß auf der jetzigen Verbindungsbahn der Verkehr ohne wesentliche Störungen nicht mehr zu überbältigen ist. Die gegenwärtige Verbindungsbahn geht unmittelbar vor dem Freiburger und dem Niederschlesisch-Märkischen Bahnhofe vorbei. Die Bahnhöfe sind zu klein geworden; sie können nicht erweitert werden, wenn die Verbindungsbahn nicht verlegt wird.

Es entstehen dadurch solche Störungen, daß die ankommenden und abgehenden Züge mitunter eine Viertelstunde und länger warten müssen; es kommt z. B. ein Zug von Freiburg nach Breslau Abends gegen dreiviertel auf zehn, fast zu gleicher Zeit oder etwas später kommt ein Personenzug von Posen und um 9 1/2 Uhr geht der Schnellzug nach Berlin ab. Da kommen denn oft Collisionen vor, wenn nicht die allergrößte Aufmerksamkeit angewendet wird, und es ist ein Wunder, daß nicht schon erhebliche Unglücksfälle dadurch entstanden sind. Darüber ist also gar kein Zweifel, daß Abhilfe geschaffen werden muß. Um diese Abhilfe zu schaffen, hat nun früher die Oberschlesische Eisenbahn-Direction ein Project ausgearbeitet, welches von dem Ober-Bürgermeister Geheimen Rath Elmanger — damals Ober-Bürgermeister von Breslau, jetzt wenn ich nicht irre, Vicepräsident in Kiel — besonders empfohlen worden ist. Ich bemerke, der Herr Geh. Rath Elmanger ist ein politischer Gegner von mir, ich muß ihm aber das Zeugniß geben, daß er einer der tüchtigsten Verwaltungsbeamten ist, der für solche Dinge einen praktischen Blick hat. Wir lesen nun auf Seite 6 des vorliegenden Commissions-Berichts, es habe der Herr Comissar der königlichen Staats-Regierung erklärt: „die heute von den Petenten empfohlene Linie“ — ich betone, daß die Petenten hier petitioniren um dieselbe Linie, welche früher von der Oberschlesischen Eisenbahn-Direction ausgearbeitet, von dem Herrn Geheimen Rath Elmanger empfohlen, und wenn ich nicht irre, — auch damals von der Staatsregierung sanctionirt worden ist, — „sei früher einmal von dem Geheimen Ober-Regierungsrath Hr. Elmanger befürwortet und deshalb auch eingegeben geprüft worden.“ Laut der als Anlage dem Commissions-Bericht beigegebenen Verhandlung vom 19. März 1866 ist dies Project von der königl. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn dem Herrn Handelsminister eingereicht, mithin also auch von der königl. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn empfohlen worden. Der Herr Handelsminister hat dasselbe mitgeteilt dem 13. November 1865 der Direction der Oberschl. Eisenbahn mit der Aufgabe zurückgeschickt, sich mit den Behörden in Breslau wegen der Ausführung dieses Planes in Verbindung zu setzen. Am 19. März 1866 traten deshalb zusammen: die Vertreter der königl. Provinzial-Regierung zu Breslau, die Vertreter des Magistrats und des kgl. Polizei-Präsidiums, sowie die Vertreter der Direction der Oberschl. Eisenbahn. Bis dahin, bis zum 19. März 1866, war also der Plan folgender, wie dies auch Seite 2 des Commissions-Berichts ausgeführt wird: Die Oberschl. Eisenbahn-Gesellschaft hielt ab von der ihr zustehenden Mitbenutzung der Verbindungsbahn und baut eine eigene Bahn zur Verbindung der Centralstation mit der Posener Eisenbahn und zwar in der jetzt von den Petenten eingezeichneten Linie, also einer Linie, die nicht durch die Stadt geht, sondern um die zur Stadt seit dem 1. Jan. d. J. geschlagenen Ortschaften in einem großen Bogen Anfangs nach Nothfriedsamt resp. nach Ohlau zu, dann in Bogen nach Südwest sich wendend, die zur Stadt geschlagenen Ortschaften umschließend, um dann in die Posener Bahn einzumünden. Dagegen verbleibt der zur Niederschlesisch-Märkischen Bahn gehörenden gegenwärtigen Verbindungsbahn die Aufgabe den Verkehr zwischen dem Niederschlesisch-Märkischen und dem Oberschlesischen Bahnhofe zu vermitteln. Die Richtung derselben wird nun dahin abgeändert, daß sie bei der Gähiger Straße südwestlich abgeht, damit dann die Bahnhöfe der Freiburger Bahn und der Niederschlesisch-Märkischen Bahn erweitert werden können.

Hiernach war also auch die Oberschlesische Eisenbahn mit dem Bauplan einverstanden. Durch diese Konferenz am 19. März 1866 wurde die Sache eine andere. Die Vertreter des Magistrats, des Polizei-Präsidiums und der Regierung in Breslau meinten, das vorliegende Project wäre zwar ganz schön und gut, aber dadurch würden die Uebelstände, welche durch die Niveau-Übergänge entstehen, von dem Ausgange des Oberschlesischen Bahnhofes bis zu dem Punkte, wo die Bahn von der Gähigerstraße südwestlich abgeht, nicht beseitigt. Diese Uebergänge haben einen sehr starken Verkehr; aus der Schweidnitzer Vorstadt mündet die Passage in die Kleinburger Chaussee, und man kann die Frequenz, die dort stattfindet, ungefähr vergleichen mit der Frequenz hier auf der Potsdamer Straße. Wenn also die langen Güterzüge auf der Verbindungsbahn gehen, so muß man an den Uebergängen Minuten lang warten, so daß sich das Publikum und die Wagen vor der dies- und jenseitigen Barriere bedeutend ansammeln, und Verkehrsstockung entsteht.

Die genannten Vertreter einigten sich nunmehr dahin, daß das Project im Bogen um die Stadt ausgegeben, dagegen die gegenwärtige Verbindungsbahn in der Art beibehalten werde, daß sie vom Bahnhofsgelände, behufs Unterföhrung der Uebergänge bis zur Höhe von 17 Fuß steige und zwar auf einem für eine dreigleisige Bahn Raum bietenden Damme mit Futtermauern — das ist die sogenannte chinesische Mauer, die der Volkswitz in Breslau in Holzschnitt verbummelt hat. — Ich möchte noch Eins hervorheben. Es geht nämlich mit voller Gewißheit hieraus hervor, daß die Bedenken und Einwendungen, welche in dem Commissions-Bericht, es ist S. 4 und 5, gegen die von den Petenten auf Neue beantragte Linie ausgeführt sind, von der Direction der Oberschl. Eisenbahn, sowie von den übrigen Vertretern nicht erhoben worden sind. Wenn daher S. 4 des Commissions-Bericht gesagt wird:

„Die Absicht der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft eine directe Verbindung ihrer Hauptbahn mit ihrer Posener Bahn zu suchen, läßt nicht wohl einsehen, wie die Petenten zu der Annahme haben kommen können, diese Verbindung habe nicht auf dem kürzesten Wege, sondern auf einem weiten Umwege, etwa wie sie ihn auf der ihrer Petition beigelegten Karte vorschlagen, hergestellt werden sollen.“

Ich sage, wenn dies also in dem Commissions-Bericht gesagt wird, so liegt die Sache meiner Ansicht nach gerade umgekehrt, im Gegentheil, die Petenten sind nicht die Erfinder dieser großen Bogenlinie, sie ist vielmehr von der Direction der Oberschlesischen Eisenbahn ausgegangen, wie das auch aus der Verhandlung vom 19. März 1866 erhellt. Die Petenten haben diese Linie dadurch kennen gelernt, als die Bahn damals abgeleitet wurde, und man hoffte allgemein, daß dies die neue Verbindungsbahn werden würde. Der Vorwurf, der den Petenten S. 5 gemacht wird, „die Petition steht aber auch mit sich selbst im Widerspruch“, ist, glaube ich, deshalb auch eben nicht gerechtfertigt.

Meine Herren, die Petenten haben also die Ansicht — und dieser Ansicht muß ich mich anschließen, daß nur die langen und häufigen Güterzüge es sind, welche die Störungen auf der jetzigen Verbindungsbahn hervorbringen.

Wenn dagegen die Güterzüge auf einer neuen, um die Stadt geföhrten Verbindungsbahn gehen, und für die alte Bahn nur die Personenzüge, etwa sechs bis acht des Tages, verbleiben, so würde die Störung eine kaum merkbare sein. Die Personenzüge gehen außerdem noch in der Regel früh Morgens und Abends. Der Zug nach Berlin geht um 10 1/2 Uhr Abends ab, und der Zug von Berlin kommt Morgens 1/2 7 Uhr an. Wenn also die alte Verbindungsbahn bleibt für die Personenzüge, und die Güterzüge auf die neue Verbindungsbahn übergehen, wie von den Petenten gewünscht wird, so würde eine wesentliche Verkehrs-Störung nicht mehr stattfinden.

Meine Herren! Den Petenten kann man es nicht verdenken, wenn sie in dieser Angelegenheit so zu sagen Petermordio schreien; die Petenten besitzen an der Verbindungsbahn in der Friedrichstraße, welche bis zum 1. Januar dieses Jahres noch nicht zur Stadt gehörte, etwa 50 Häuser und außerdem verschiedene Bauplätze, wie sie angeben, im Werthe von einer Million. Die Petenten sagen, wenn die Verbindungsbahn so gelegt würde, daß sie einen Damm mit Futtermauern von 17 Fuß Höhe bildet, so verlieren ihre Grundstücke und Bauplätze an Werth bis zu einer halben Million. Ich nehme an, daß diese Berechnung zu hoch ist, aber daß sie große Verluste treffen werden, darüber ist kein Zweifel. Mit Recht wird eingewendet, die Petenten mögen doch auf dem Civilwege ihre Ansprüche verfolgen. Ja wohl, sie würden aber deswegen noch immer großen Schaden erleiden, was sie sich dann allerdings im Interesse der Allgemeinheit gefallen lassen müssen.

Ich habe indeß nicht bloß der Petenten wegen das Wort genommen, sondern hauptsächlich der Allgemeinheit wegen. Die Sache liegt nämlich nach meiner Ansicht wie folgt:

Wenn die Regierung nach dem Plane, wie er jetzt vorliegt, so meine ich, daß bei dem ungemein wachsenden Verkehr die projectirte Bahn nicht mehr ausreichend sein dürfte, und daß man später, durch die neu entstehenden Bahnen und den daraus hervorgehenden Wachstum des Verkehrs, doch in die Nothwendigkeit kommen würde, die Verbindungsbahn außerhalb der Stadt zu legen. Dadurch würde so zu sagen das Geld, was dazu bewilligt worden ist, jetzt gewissermaßen fortgeworfen sein.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich eine Frage an den Herrn Regierungs-Commissar richten für den Fall, daß er sie beantworten kann, da sie eigentlich in das Finanzfach schlägt. Es sind nämlich in dem betreffenden Gesetz über Eisenbahnbauten für die Oberschlesische Verbindungsbahn resp. die Verlegung der gegenwärtigen Verbindungsbahn 900,000 Thlr. bewilligt worden. Von diesen 900,000 Thlr. sind 600,000 Thlr. bestimmt für die Abänderung der gegenwärtigen Verbindungsbahn, und 300,000 Thlr. sind bestimmt für die neue Verbindungsbahn, die die Oberschlesische Bahn nach damaligem Plane zu bauen hat, nämlich außerhalb der Stadt führend. Nun hat aber die Oberschlesische Eisenbahn-Gesellschaft diese Bahn nicht, im Gegentheil, sie beifügt sich mit derjenigen Bahn, die jetzt dreigleisig werden soll. Ich frage nun, sind diese 300,000 Thlr. überschüssig geworden? Denn nun kann die Oberschlesische Bahn doch nicht die 300,000 Thlr. bekommen, da sie die früher projectirte Verbindungsbahn nicht baut.

Mir ist nun noch Einiges nachträglich eingefallen, was ich gegen den Commissionsbericht bemerken wollte. Der Commissionsbericht sagt, daß die Verbindungsbahn, wie sie jetzt projectirt ist, immer noch 33 Fuß von den Häusern abliehen würde. Nach den Nachrichten, die mir geworden sind, ist das nicht richtig, es würden bloß 19 Fuß Raum bleiben zwischen den Häusern und zwischen der Bahn, so daß also gewissermaßen die Petenten Recht hätten, wenn sie sagen, ihre Parterrewohnungen würden zu Kellerwohnungen und ihre erste Etage würde zur Parterrewohnung. Etwas haben die Petenten allerdings erreicht und das muß ich erwähnen. Sie haben es allerdings nicht direct, sondern indirect erreicht durch ihre Agitationen. Das ist, daß die königliche Staatsregierung abgegangen ist von dem Plane, einen Damm mit Futtermauer zu errichten und daß sie übergegangen ist zu dem Plane, ein Viaduct zu bauen, der von da ab, wo sich die Bahn bis 10 Fuß in die Höhe erhebt, beginnen und dann bis zur Höhe von 17 Fuß geführt werden sollte. Meine Herren! Ein Viaduct, wo das ganze Bauwerk in höchster Höhe nur 17 Fuß erreicht, wird sicher kein Bauwerk für Breslau sein; das Ding wird sich wahrscheinlich nicht gut machen, indeß es ist unter jeden Umständen besser und für den Verkehr zuträglich, als ein Damm mit Futtermauern.

Meine Herren! Aus den von mir angeführten Thatfachen und Gründen möchte ich Sie bitten, meinen Gegenantrag anzunehmen, wie er vorhin von dem Herrn Präsidenten verlesen worden ist, und der dahin geht:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die Petition von Eder und Genossen zu Breslau dahin gehend, die königliche Staatsregierung zu erlauben, den Bau der Breslauer Verbindungsbahn in der projectirten Weise nicht auszuführen, sondern die Sachlage nochmals prüfen, und dann nach Befinden einen anderweitigen Bauplan aufstellen zu lassen.

der königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Meine Herren, durch die Annahme wird die Staatsregierung durchaus nicht präjudicirt, sie kommt nur einfach in die Lage, die Sache nochmals zu prüfen und eventuell einen anderen Bauplan zu beschließen. Glaubt die königliche Staatsregierung, der von ihr in Aussicht genommene Bauplan sei besser, dann ist die Sache abgemacht; aber es könnte möglich sein, daß auch die Staatsregierung sich überzeugt, die hier vorgetragenen Gründe verdienen einige Berücksichtigung.

Ich muß nun noch etwas erwähnen: nämlich nach dem Plane, nach dem jetzt von der Regierung gebaut werden soll, werden einzelne Straßen gewissermaßen verallgemeinert, so die Leichstraße und die Vorauerstraße; sie wird auf der einen Seite 1½ Fuß erhöht und auf der anderen Seite um 10 Fuß gesenkt. Die Petenten stellen sich die Sache so vor, wenn Einer von der einen Seite der Straße nach der anderen hinüber will, so muß er dies auf einer Leiter von 11 Fuß bewerkstelligen, sonst kann er nicht hinüber. Ich glaube zwar, so wird es nicht sein, aber unter jeden Umständen doch äußerst lästig.

Meine Herren, nun noch ein Wort in Bezug auf den Commissionsbericht. Derselbe wirft am Schluß den Petenten „Leinstäderei“ vor. Die Petenten glauben im Gegentheil, wenn die Bahn ausgeführt wird, wie die Regierung sie beabsichtigt, so wäre das gewissermaßen Jopf, dagegen wäre die Ausführung ihres Antrages gewissermaßen großstädtisch. In jedem Falle kann ich aber dem Referenten versichern, daß die Breslauer, welche hier petitionirt haben — sie behaupten, es wären ihrer 6000, der Referent dagegen sagt, es wären nur 3600 Unterschriften, das ist aber ganz gleichgültig — ich sage, daß die Petenten durchaus keine „Mottenburger“ sind. (Heiterkeit.)

Herr Abg. v. Kirchmann weist auf die Bedeutung der Angelegenheit hin. Es sei deshalb gewiß eine nochmalige Erwägung des Bauplanes gerechtfertigt. Man möge sich einen solchen hohen Damm in Berlin, z. B. vor dem Potsdamer-Thore denken. Die Regierung beabsichtigt, den 17' hohen Damm durch einen großen Theil der Stadt und die wichtigsten Verkehrsstraßen Breslaus durchschneidend zu führen, durch den Theil der Stadt, in welchem wesentlich die Vergöhrungen vor sich gehen und die schönsten Straßen und Anlagen sich befinden. Die schönsten Theile der Stadt würden völlig von einander getrennt und erhielten nur kleine Passagen, welche den Verkehr vermitteln.

Was den Vogenbau anbetrifft, so habe man bis jetzt keine Garantie der Ausführung als die Versicherung des Regierungs-Commissars; vor Allem habe die Stadt ein Interesse, wenigstens in dieser Beziehung von der Regierung eine bindende Erklärung zu erhalten. Redner erwähnt den großen Verkehr und das Getöse der Wagen auf Viaducten. Ein großer Uebelstand trete auf einer Hauptstraße, der Leichstraße, hervor. Diese soll in der Weise halbiert werden, daß die eine Hälfte der Länge nach um 1½' erhöht, die zweite um 10' vertieft wird. Nicht nur die Benutzung der Keller, auch die Sicherheit der Häuser werde gefährdet; die Querpassege werde in der lästigsten Weise gekürzt und die Schönheit der Straße völlig zerstört. Es sei zwar andererseits nicht, daß Spedition und Kohlenverkehr in der Nähe der Stadt bleiben, doch sei nochmalige Erwägung geboten, namentlich auch für die Frage der Zukunft, da es jedenfalls zweifelhaft sei, ob nicht über kurz oder lang doch noch eine zweite größere Hilfe beschafft werden müsse.

Der Regierungs-Commissar Geh. Ober-Baurath Koch befreit, daß das Project der Petenten jemals von der Bahndirektion empfohlen worden sei. Er detaillirt die Entstehung des Projects und den Kostenanschlag und weist auf den voraussichtlich bald steigenden Personen- und Güterverkehr hin. Man müsse den Eisenbahnverkehr von dem Straßenverkehr so weit wie möglich unabhängig machen und dies könne nur geschehen, wenn man die Bahn über die Straße hinweg oder unter derselben hindurchführe. In Berlin habe man keinen Anstoß genommen, die Bahn in solcher Nähe der gegenwärtig bebauten Stadt, wie es noch thöricht erscheine, zur Ausführung zu bringen; man halte es für einen ganz besonderen Vortheil, daß die Bahn so eng wie möglich den bebauten Stadttheil umgürte, so daß die Bahnhöfe dermalen mitten in der Stadt liegen. Es beruhe das auf Erfahrungen, die sich in allen großen Städten Geltung verschafft haben. Die gesamten Bahnhofsanlagen bei Breslau müßten eine wesentliche Umgestaltung erhalten. Die Straße, welche parallel der Bahn laufe, werde nirgend eingeschränkt; die Bahn werde 30–36' breit und durchgängig auf dem Terrain der jetzigen Bahn oder auf ansehnlichem Privatterrain gebaut werden. Die Befestigung, daß die Straßensätze, welche allerdings eine lebendige Frequenz nachweisen, beengt werden, daß nur eine enge Thorpassage unter der Verbindungsbahn hergestellt werden solle, sei unbegründet. Die Projecte unterliegen der Zustimmung der Behörden, dabei werde auch den städtischen Behörden Gelegenheit gegeben werden, sich darüber zu äußern. Es komme jedenfalls ein Viaduct zur Ausführung, vielleicht auch in Eisenconstruction. Die Passage werde unter den Viaduct durch möglich sein und der Verkehr nicht leiden, insbesondere, wenn die Stadt, wie ja im Plane läge, auch auf der Stadtseite der Eisenbahn eine neue Straße anlegen sollte. Bei der Leichstraße sei der Uebergang allerdings

ein mißlicher Punkt. Er glaube aber, daß wenn von Seiten des Magistrats den Verhältnissen in gleicher Weise entgegengekommen werde, wie bereits von Seiten der Eisenbahngesellschaft geschehen sei, dann immerhin sich eine Anlage werde schaffen lassen, die den gegenwärtigen Verhältnissen gegenüber bei Weitem den Vorzug verdiene.

Abg. Freiherr v. Richtenhofen (Zauer) meint, es sei sehr lebhaft agitirt worden, dabei sei aber verschwiegen worden, daß die Bahn auf einem Viaduct geführt werde. Die Adjacenten wußten, daß der Eisenbahnverkehr später größere Dimensionen annehmen werde, die Friedrichstraße sei erst entstanden, nachdem die Bahn angelegt war. (Das ist falsch.) Der große Umweg von ½–1 Meile liege nicht im allgemeinen Interesse. Viele Breslauer interessirten sich für den Viaduct, der zwar 80,000 Thlr. theurer sei, doch möchte er in sanitätspolitischem Interesse und aus Schönheitsrücksichten bitten, die Bahn so viel als möglich auf Bogen zu führen und nicht Sparmaßstabsrücksichten maßgebend sein zu lassen. — Von vier Seiten wurde Schluß beantragt, welcher angenommen wurde; es erhielt daher nur noch der Referent Abg. Dr. Becker das Wort. Er bemerkte, es komme häufig vor, daß die Leute, die gerade das größte Interesse an einer Eisenbahn haben, die allergrößten Beschwörungen über die Bahn führten. Die Vertreter Breslaus hätten keinen bestimmten Gegenantrag gestellt, das Verfahren der Petenten sei logischer, sie legen wenigstens einen Plan vor, der nur den Uebelstand habe, daß die Bahn um eine Meile verlängere, ohne auch nur mit einer Silbe anzudeuten, wer diese Meile bezahlen solle. Der Vergleich mit Berlin passe nicht, hier lägen die Schienen auf natürlichem Boden, in Breslau auf dem Eigenthum der Eisenbahngesellschaft. Eine weite Verlegung der Bahnhöfe würde den Petenten schlechter gefallen. Abg. v. Kirchmann verwahrt sich dagegen, daß das Verfahren der Breslauer Abgeordneten unlogisch gewesen sei. Das Gesetz werde durch ihren Antrag nicht alterirt, da darin nur der Umbau vorgeschrieben sei. — Vicepräsident v. Köller ließ nun abstimmen, die Tagesordnung wurde angenommen und der Antrag Laßwitz abgelehnt.

### Breslau, 23. Februar. [Tagesbericht.]

+ [Director Wissowa.] Heute Nachmittag um 2½ Uhr verschied nach 12tägigem schweren Leiden der Director des hiesigen katholischen Gymnasiums, Herr Professor Dr. August Wissowa, Ritter des rothen Adlerordens 3. Klasse mit der Schleife und des Hohenzollernschen Hausordens. Der Verewigte war am 10. Mai 1797 zu Breslau geboren, wo er die Elementarschule zu St. Matthias und von Michaelis 1809 das katholische Gymnasium besuchte. Im Jahre 1816 bezog er die Universität, um sich den philologischen Studien zu widmen. Während seines akademischen Trienniums lebte derselbe 1½ Jahre im Hause des Generals von Hünerbein als Erziehler des einzigen Sohnes, welche Stellung er Michaelis 1818 aufgab, weil ihm öffentliche Lehrstunden auf dem katholischen und dem Friedrichs-Gymnasium übertragen wurden. Am 24. Januar 1820 wurde er nach abgelegter Prüfung als Gymnasiallehrer angestellt. Vermöge der den 5. December 1821 bestandenen Aënsions-Prüfung ward er bald darauf Oberlehrer, und wirkte er 10 Jahre ununterbrochen am hiesigen katholischen Gymnasium, wo er in den oberen Klassen in den alten Sprachen und Literaturgeschichte unterrichtete. Am 16. August 1828 wurde er zum Doctor der Philosophie promovirt, worauf er sich den 20. December desselben Jahres an der Universität als Privatdocent in der philosophischen Facultät habilitirte. Im Jahre 1829 wurde ihm das Directorat an dem Gymnasium zu Probhütz übertragen, welchem ehrenvollen Rufe er sich gern unterzog. Im Jahre 1839 wurde Wissowa an Elvenich's Stelle als Director des königlichen katholischen Gymnasiums nach Breslau berufen, von welcher Zeit er mit unermüdetem Eifer an dieser Anstalt gegenwärtig wirkte. Seine gegenwärtigen vielseitigen Kenntnisse und seine reichen Erfahrungen sichern ihm ein dauerndes Andenken bei seinen Kollegen und bei seinen Schülern, deren er eine sehr große Anzahl in seinem 48jährigen Wirkungskreise unterrichtet hat. Wissowa war aber auch ein treuer und ehrenhafter Mitbürger unserer Stadt, der sich um die Hebung und Förderung der städtischen Interessen als Stadtverordneter sowohl, wie als Vorsitzender der städtischen Schulen-Commission vielfache Verdienste erworben hat. In ihm betrauert die Wissenschaft einen ihrer befähigten Jünger, der Staat und die Stadt einen hochverdienten patriotischen Mitbürger, und die Schüler einen durch seltene Herzensgüte ausgezeichneten pflichttreuen Lehrer, der ihnen stets mit einem musterhaften Beispiele voranleuchtete. Sein Gedächtniß wird an dieser Lehranstalt, der er so lange angehörte und an der er so Nachhaltiges gewirkt, nie verlöschen.

— [Commerzienrath Fränckel'sche Stiftung.] Bei dem Darlehns-Institut waren am Schluß des Jahres 1866 259 laufende Darlehne im Betrage von 39,288 Thlr. 27 Sgr. verblieben. Im Jahre 1867 wurden 387 neue Darlehne im Gesamtbetrage von 82,960 Thlr. bewilligt, so daß im Ganzen 122,248 Thlr. 27 Sgr. ausgeliehen waren. — Davon waren 44 Darlehne zum höchsten Satze von 500 Thlr. und 8 Darlehne zum niedrigsten Satze von 20 Thlr. Auf die Rückstände aus dem Jahre 1866 wurden 33,184 Thlr. 5 Sgr., 142 Darlehne in Höhe von 32,640 Thlr. vollständig und auf noch laufende 14,286 Thlr. 20 Sgr. zurückgezahlt, so daß im Ganzen 80,092 Thlr. 25 Sgr. zur Kasse zurückgefloßen sind. — Als iniegibel wurden 67 Thlr. 15 Sgr. abgeschrieben. — Gegen das Jahr 1866, in welchem an neuen Darlehnen 67,170 Thlr. bewilligt worden waren, weist das letzte Geschäftsjahr eine Steigerung von 6790 Thlr. nach. In der Stiftung zur Beförderung der Künste und Handwerke unter den Juden sind 6 neue Lehrlinge im Jahre 1867 aufgenommen worden. Von den hiernach vorhandenen 24 Stiftungslehrlingen sind zwei Gesellen geworden, zwei sind freiwillig ausgeschieden und einer wurde als unfähig entlassen. Am Schluß des Jahres 1867 verblieben 19 Lehrlinge und zwar: 1 Uhrmacher, 1 Tapezirer, 2 Lithographen, 1 Steinbruder, 2 Conditoren, 1 Töpfer, 1 Klempner, 1 Zeugschmied, 1 Buchbinder, 2 Schneider, 1 Maurer, 1 Kunstschlosser, 1 Bildhauer, 1 Tischler, 1 Schuhmacher, 1 Gold- und Silberarbeiter. — Von den zehn Fränckel'schen Freistellen an der hiesigen königl. Kunstbau- und Handwerkschule sind 8 besetzt gewesen. Drei Beneficiaten sind seitens der königl. Akademie der Künste theils durch Verleihung der silbernen Medaille, theils durch außerordentliche Anerkennung und öffentliche Belobigung ausgezeichnet worden. — In dem Zuchtstallhause befanden sich am Schluß des Jahres 23 Inquilinen und zwar 7 männliche und 16 weibliche.

— [Festliches.] Wie gewöhnlich nach dem Schluß der Jagd fand unter heiteren Musikklängen ein Jagdschlußfest in den mit Jagdemblemen decorirten Räumen der Krause'schen Weinhandlung am gestrigen Abend statt. Zwei ansprechende Festschmausungen das Mahl und die vom Particulier Kritsch verfaßte und vorgelesene Jagdzeitung erregte überall die heiterste Stimmung. Einer der geladenen Gäste, Herr Nieger, trug einige Lieber vor. Als Präsidirender fungirte wiederum Herr Schornsteinfegermeister Seidelmann. Der Theilnehmer hatten sich etwa 70 eingefunden.

+ [Verschiedenes.] Eine Frauensperson, welche unlängst in einer Untersuchungssache als Reugin vor Gericht figurirt und zu Ungunsten einiger Angeklagten die reine Wahrheit ausgesagt hatte, wurde gestern Abend von Gestern, die mittlerweile ihre Strafe verbüßt, auf die empfindendste Weise insultirt, indem sie ihr die Kleider zerriß und ihr im Gesicht nicht unbedeutende Verletzungen beibrachte. Die Schuldigen sind bereits verhaftet. — Auf dem Oberschlesischen Eisenbahnhof lagern gegenwärtig die in so großen Quantitäten ankommenden Getreidevorräthe in Zelten, wodurch den Dieben eine bequeme Gelegenheit zum Stehlen geboten wird. Gestern gelang es einem der dortigen Wächter, einen Dieb in flagranti zu erwischen, der eben einen mit Getreide gefüllten Sack fortzuschleppen wollte. — Die Diebe, welche bei einem Silbermeister auf der Kurzengasse eingebrochen und eine große Menge von Gegenständen gestohlen hatten, sind durch die Criminalpolizei ermittelt und die entwendeten Sachen wieder beschafft worden. — Der Barbiergehilfe Wolff, der vor circa 14 Tagen auf der Taschenstraße Nr. 17 bei der Witwe Hering 400 Thlr. gestohlen, hat gestern endlich im Polizeigefängniß ein umfassendes Geständniß abgelegt. Nach seiner Aussage will er in dieser kurzen Zeit ca. 300 Thlr. herausgabt haben, was einigermaßen dadurch gerechtfertigt erscheint, als er sich eine Menge Kleidungsstücke und andere Gegenstände angeschafft hat. Unter Anderem hat er einem Schneidermeister 15 Thlr. Angeld auf einen neuen Anzug gegeben, die Fener schon bis auf 4 Thlr. zur Bezahlung von Schulden verwendete. Daß es die Behörde mit einem höchst gefährlichen Verbrecher zu thun hat, beweist wohl der Umstand, daß in seiner Schlafstelle ein höchst elegant gearbeiteter damascirter Stoddegen, und ein dolchartiges Messer, ein sogenannter Genickfänger vorgefunden wurde. Es ist von der Sicherheitsbehörde bereits ermittelt, in welcher Handlung er diese gemeingefährlichen Waffen, die durchaus nicht auf Lager geführt werden dürfen, angekauft hat. Auch der bewusste Koffer ist entdeckt worden. Den umfichtigen Bemühungen der hiesigen Criminalpolizei gebührt für die Ermittlung dieses Verbrechers das allseitigste Lob. — In einer hiesigen Kleiderhandlung wurde an mehreren Abenden hintereinander in der Dunkelstunde von der Thüre des Ladens ein dort aussehender Duffelüberzieher herabgerissen und gestohlen, ohne daß es gelang den Dieb zu erwischen. Der Inhaber der Handlung machte von diesem Criminalpolizei gebührt für die Ermittlung dieses Verbrechers das allseitigste Lob. — In einer hiesigen Kleiderhandlung wurde an mehreren Abenden hintereinander in der Dunkelstunde von der Thüre des Ladens ein dort aussehender Duffelüberzieher herabgerissen und gestohlen, ohne daß es gelang den Dieb zu erwischen. Der Inhaber der Handlung machte von diesem Criminalpolizei gebührt für die Ermittlung dieses Verbrechers das allseitigste Lob.

— [Verhaftung.] In der Mitteilung von gestern, den 27. Februar, in Betreff des Diebstahls Alte Taschentücher 17, muß es nicht heißen, daß das Geld aus dem Schuhmacherladen der verw. Schuhmachermeister Julie Hering, sondern aus der Niederlage Neustadt. Schuhe und amerik. Waschmaschinen der verw. Frau Lehrer Julie Hering gestohlen worden ist.

— [Schlichtung.] In der Mitteilung von gestern, den 27. Februar, in Betreff des Diebstahls Alte Taschentücher 17, muß es nicht heißen, daß das Geld aus dem Schuhmacherladen der verw. Schuhmachermeister Julie Hering, sondern aus der Niederlage Neustadt. Schuhe und amerik. Waschmaschinen der verw. Frau Lehrer Julie Hering gestohlen worden ist.

— [Schlichtung.] In der Mitteilung von gestern, den 27. Februar, in Betreff des Diebstahls Alte Taschentücher 17, muß es nicht heißen, daß das Geld aus dem Schuhmacherladen der verw. Schuhmachermeister Julie Hering, sondern aus der Niederlage Neustadt. Schuhe und amerik. Waschmaschinen der verw. Frau Lehrer Julie Hering gestohlen worden ist.

— [Ramslau, 27. Febr. [Tod in Folge Verletzung. — Brutalität.] Am 23. d. M. Abends gegen 8 Uhr kam der bei dem Schulzen Schöbel in Windischmarisch, Kreis Nau-sau, in Diensten stehende Pferdewechsel Stanislaus Jgnas aus dem Wirthshause nach Hause, trat in den Pferdestall und gerieth hier mit dem 18 Jahr alten Stellenbesitzer Carl Walde aus Windischmarisch, der bei Schöbel als Pferdejunge diente, wegen der Beförderung der Pferde in einen Wortwechsel. Hierbei zog Jgnas plötzlich, während Walde auf der Pferdekrippe stand, um das den Pferden vorgelegte Heu in den Rücken aufzulockern, ein Messer aus der Tasche und stach damit den c. Walde tief in den Leib. Walde sprang von der Pferdekrippe, rannte schreiend aus dem Stalle und Jgnas hinterdrein. Nach einiger Zeit kam Walde zu seinem Brotherrn und zeigte ihm den Vorfall an. Eine sofortige Befichtigung ergab in der Nabelgegend eine sehr tiefe Stichwunde, aus welcher, wahrscheinlich durch das Laufen, bereits die Eingeweide herausgetreten waren. Trotdem alsbald ärztliche Hilfe herbeigeholt wurde, ist Walde doch schon am folgenden Tage Nachmittags 3 Uhr unter großen Schmerzen verschieden. Gestern wurde die Section seiner Leiche vorgenommen, Jgnas aber ist bereits zur Haft gebracht. — Der Ortsarme Reichmann aus Windischmarisch kam gestern früh mit einem irdenen Krüge in das Dominial-Gehöfchen, um sich sein Frühstück zu holen. Bei dieser Gelegenheit benahm sich Reichmann tumultuarisch und brutal, was ihm von dem Wirthschafts-Beamten Neumann verwiesen wurde. Aufgebracht hierüber, versetzte Reichmann dem c. Neumann mit dem Krüge einen solch heftigen Hieb in das Gesicht, daß der Krug in Stücke zerbrach und Reichmann auf der linken Seite des Gesichts drei blutende Wunden davontrug. Die Sache ist der königl. Staatsanwaltschaft angezeigt worden. — Behufs Erbauung einer Gasanstalt ist seitens des Magistrats von dem Kupferschmiedemeister Groß ein Morgen des rechts neben der nach Bries führenden Chau-see belegenen Acker kurz vor der Eisenbahn für 800 Thlr. angekauft worden. Da sich dieser Platz ganz vorzüglich als Bauplatz für die städtische Gasanstalt eignet und auch der dafür zu zahlende Preis durchaus nicht zu hoch ist, wird die Stadtverordneten-Versammlung hoffentlich den betreffenden Kauf-Contract genehmigen. — In der Angelegenheit unserer evangelischen Schule hat Herr Lehrer Vogt dem Magistrat die erfreuliche Anzeige gemacht, daß der Magistrat in Obhakt ihn in Folge seines Antrages von der Uebernahme einer dortigen Lehrstelle entbunden hat und Herr Vogt bleibt somit unserer Schule erhalten.

— [Oppeln, 27. Februar. [Zur Statistik.] In Bezug auf die Nachweisung in Nr. 40 Fol. 243 der „Breslauer Zeitung“ („Uebericht des Einwohnerbestandes im Reg.-Bez. Oppeln“) und den Leitartikel der Nr. 95 („1847 und 1867 Oppeln und Gumbinnen“) theilen wir mit, daß die Zahl 1,234,878 der ortsanwesenden Bevölkerung pro 1867 Civil- und Militärbevölkerung umfaßt. Zur Vergleichung konnte bei Ueberhebung der Nachweisung vom 23. Januar nur die Zahl der Civilbevölkerung pro 1864 benutzt werden, da nur diese zur Hand und diesmal zum ersten Male die neue Aufnahmehethode stattgefunden hat. — Wir können der Redaction nunmehr mittheilen, daß die Civil- und Militärbevölkerung 1864 im Reg.-Bez. Oppeln betrug 1,192,384 (10,003 Militär) Ortsanwesende, nach der neuen Zusammenstellung 1,234,478, 1867 also mehr 42,094 oder circa 3,6 pCt. Die Ziffer der Ortsanwesenden ist durch Revisionen der Listen zwischen verändert und vorläufig, oder auch noch nicht ganz bestimmt, auf 1,237,293 festgesetzt. Die Differenz gegen 1,192,384 pro 1864 beträgt demnach 44,909 oder etwa 3,8 pCt.

— [Königshütte, 24. Februar. [Amtlicher Bericht.] Nachdem nunmehr die Untersuchung über den am 5. d. Mts. durch Explosion von Nitroglycerin auf der Königsgrube stattgehabten Unglücksfall als geschlossen (Fortsetzung von der Beilage.)

(Fortsetzung.)

schlossen anzusehen ist, hat sich als Resultat derselben Folgendes ergeben. — Das Nitroglycerin wird auf der Königsgrube außer bei anderen Sprengarbeiten, namentlich im wasserreichen Gebirge, auch beim Fortbeträgen eines Querschlages zwischen dem Gerhards- und Heinrichs-Flöz im Felde der Erbreich-Schächte verwendet. Von den 5 zu Tode verunglückten Bergleuten waren von diesem Querschlage am 5. d. Mts. die Häuer Mielisch, Zebel und Göbel angelegt, der Schlepper Gold war als Schürer zum Wetterofen bestellt und der Schlepper Delosky zufällig ebendort angekommen. Der Häuer Mielisch hatte am 3. d. M. von dem Steiger Kaspar aus dem Pulvermagazin eine mit ungefähr 15 Pfund methyloxyten Sprengöl gefüllte Original-Flasche in Holz-Verpackung erhalten mit dem Auftrage, dieselbe dem Steiger Mischoll zu übergeben, damit dieser das Öl in der zu diesem Zweck in der Grube angebrachten Kammer, aus welcher die Ausgabe des Tagesbedarfs an die Arbeiter erfolgt, in Verwahrung nehme. Derselbe Befehl ist indes der 2. Mielisch nicht nachgekommen, er hat vielmehr das Sprengöl in die Grube genommen, ohne dem Steiger Mischoll von der Empfangnahme desselben irgend welche Mittheilung zu machen. Bei der Ausgabe des Nitroglycerins aus der Pulverkammer hatte der Steiger Kaspar übrigens wahrgenommen, daß sich in der Nitroglycerin-Flasche ein von einer Flüssigkeit umgebener fester Körper befand, ein Theil des Nitroglycerins demnach in gefrorenem Zustande war. — Am Abend des 5. Februar zwischen 7 und 8 Uhr begab sich der Berginvalide Komalst, welcher während der Nacht die Bewachung einer Wetterthür zu befehlen hatte, nach dem Wetterofen in vorgeblichem Schachtel und fand daselbst die Häuer Mielisch und Zebel, sowie den Schlepper Gold vor. Erstere waren mit dem Umfallen von Sprengöl aus der größeren Blech- in eine kleinere mit einem Gefache überzogene und einem Abfahrbahn verlebene Glasflasche beschäftigt, hatten auch eine mit Wasser gefüllte Kanne vor sich stehen und hielten einen stark erwärmten gusseisernen Ofenrost in dieselbe hinein. Das größere Gefach hatten die Häuer unmittelbar vor dem stark geheizten Wetterofen auf einem Haufen heißer Asche liegen. Ob dasselbe sich noch in seiner Holzverpackung befand oder derselben entkleidet war, vermochte Komalst nicht anzugeben. — Mielisch hatte inzwischen aus dem größeren Gefach eine Quantität Sprengöl in die kleinere Flasche gefüllt, und dieselbe in Gegenwart des Komalst kräftig umgeschüttelt. Dieses Verfahren wird beim Entmethyloxyten des Sprengöls angewandt, und ist ganz correct. Komalst entfernte sich bald darauf wieder vom Ofen und begab sich zu seiner Wetterthür zurück, nachdem er noch dem Mielisch sein Bedenken hinsichtlich des mit dem Sprengöl vorgenommenen Aufhauens auf heißer Asche zu erkennen gegeben hatte. Ungefähr eine Viertelstunde darauf erfolgte die Explosion am Wetterofen. Komalst wurde durch dieselbe betäubt, zu Boden geworfen; als er wieder zur Besinnung gekommen, vernahm er zunächst seine Wetterthüre, welche durch den Luftdruck fortgerissen war und bemerkte eine ungewöhnlich starke Erhitzung der Grubenluft. Er begab sich darauf mit einigen aus der Nähe herbeigekommenen Bergleuten nach dem Wetterofen, wo dieselben außer einer bedeutenden Zerstörung des Mauerwerks und einer Anhäufung von Ziegeln, Asche, Kohlen und Wagentrümmern die Leichen der Verunglückten vorfanden. Letztere waren stark entstellte mit zerbrochenen, zerschmetterten und zum Theil abgerissenen Gliedmaßen. Die Detonation war eine so gewaltige, daß dieselbe von den in der Nähe des Krug-Schachtes und der Erbreich-Schächte wohnenden Grubenbeamten deutlich wahrgenommen wurde. — Soweit die durch Zeugenaussagen festgestellten Thatsachen. Aus denselben geht zunächst hervor, daß der Häuer Mielisch entgegen den darüber bestehenden Vorschriften das ihm vom Steiger Kaspar übergebene Sprengöl am Wetterofen der Grube, also an einem offenen Feuer hat aufzuheizen und zugleich das Entmethyloxyten des Sprengöls auf eigene Verantwortung hier vornehmen wollen, obwohl ihm bekannt sein mußte, daß dasselbe nur von einem Steiger oder mindestens unter specieller Aufsicht eines solchen von dem Methyloxythol befreit werden darf. Während nun 2. Mielisch und seine Kameraden mit der Ausführung vorgegebener Operationen beschäftigt waren, kam das Nitroglycerin zur Explosion. Die specielle Ursache der letzteren ist mit Bestimmtheit nicht zu ermitteln gewesen und lassen sich hierüber nur Vermuthungen aufstellen. Vielleicht dürfte folgende Erklärung des Vorfalles die größte Wahrscheinlichkeit haben. — Das in dem größeren Gefach enthaltene Sprengöl war, wie schon erwähnt, mit Methyloxythol vermischt; es muß also zuvor eine Abcheidung des letzteren stattgefunden haben, bevor das Nitroglycerin zur Explosion gebracht werden konnte. Nach Nobels Angabe verdunstet der Methyloxythol bei einer Erwärmmung der Mischung bis auf 60° Celsius und hinterläßt dann explosives Sprengöl. Die Häuer hatten nach Aussage des Komalst das Gefach in unmittelbarer Nähe des Feuerherdes auf glühende Asche gestellt; es steht nun der Annahme nichts im Wege, daß durch Einwirkung der bedeutenden Wärme der in dem Gefache gefrorene Nitroglycerin-Körper in einen flüssigen Zustand übergeführt worden und dabei eine vollständige Verflüchtigung des Methyloxythols eingetreten ist. War die Flasche, was anzunehmen ist, durch einen Kropfen geschlossen, so wurde derselbe bei zunehmender Spannung der entwichenen Methyloxythol-Gase herausgetrieben. Wurde das nunmehr methyloxytfreie, also explosive Sprengöl einer weiteren Erhitzung ausgesetzt, so erreichte dasselbe zuletzt diejenige Temperatur, bei welcher seine Explosion erfolgt. Nach Nobels hierin eine Temperatur von 180° Cels. erforderlich, da indes Nobel selbst erwähnt, daß man ohne Gefahr das Nitroglycerin nicht bis über 100° Celsius erhitzen dürfe, so liegt die Möglichkeit vor, daß auch bereits bei einem niedrigeren Hitzegrade als 180° Cels. dasselbe zur Explosion gelangt war. Läßt man diese Erklärung gelten, so muß man allerdings annehmen, daß 2. Mielisch und Genossen während dieses ganzen Vorganges sich um das in der Flasche befindliche Nitroglycerin nicht gekümmert haben, sonst hätte ihnen die drohende Gefahr nicht unbekannt bleiben dürfen, indes wenn man die strafliche Vernachlässigung der vorgezeichneten Sicherheitsmaßregeln, welche sie sich zu Schulden kommen ließen in Betracht zieht, so ist man zu dieser Annahme wohl berechtigt, um so mehr, als der ganze Vorgang die Dauer einer halben Stunde nicht überschritten zu haben scheint.

\* **Ples**, 26. Febr. [Einführung des Bürgermeisters.] Nachdem die königl. Regierung zu Oppeln die Wahl des hiesigen Apothekers Hofer zum Bürgermeister unserer Stadt bestätigt hat, war auf heute die Einführung und Vereidung desselben festgesetzt worden. Zu dieser Feier war unser Regierungs-Präsident Herr Dr. v. Viebahn hier erschienen, und wurde dieselbe in der heute Vormittags 11 Uhr anberaumten öffentlichen Stadtverordneten-Versammlung — zu der alle städtischen Deputationen eingeladen und erschienen waren — vorgenommen. Die Sitzung selbst wurde von dem Stadtverordneten-Vorsteher mit einer kurzen Ansprache und mit Begrüßung des Herrn Regierungs-Präsidenten eröffnet, worauf dieser in gelegener Rede den Bürgermeister auf die Pflichten seines Amtes aufmerksam machte, die Vereidung desselben vornahm und nach Überreichung der Bestätigungs-Urkunde seine Rede mit einem dreifachen Hoch auf Se. Majestät den König endete. — Herr Bürgermeister Hofer dankte hierauf den Stadtverordneten für das ihm bewiesene Vertrauen, und legte seine Grundzüge dar, nach welchen er das von ihm übernommene Amt gewissenhaft und unparteiisch verwaltend werde, worauf die Sitzung geschlossen wurde. Nach dieser Sitzung vereinigten sich die Mitglieder des Magistrats und die Stadtverordneten zu einem Frühstück, und hatten die Freude, dabei den Herrn Regierungs-Präsidenten in Begleitung des gleichzeitig hier anwesenden Herrn Regierungs- und Schulraths Polomsky, so wie unseres Landraths Herrn Freiherrn v. Seherr in ihrer Mitte zu sehen. — Nachmittags wurde unter Vorsitz des Herrn Regierungs-Präsidenten eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats, der Schulen-Deputation und des Vorstandes der katholischen Schule, Angelegenheiten derselben betreffend, abgehalten.

## Handel, Gewerbe und Ackerbau.

= **Breslau**, 27. Febr. [3. Plenarsitzung der Handelskammer vom 26. d. Mts.] Auf die Anfrage der Handelskammer, ob die Aufhebung des Verbots von Woll über die österreichisch-schlesische Grenze gegenwärtig ausführbar sei, hat die königl. Regierung zu Oppeln unterm 19. d. M. erwidert, daß für die Grenztritte der Kreise Lublin, Rosenburg und Greiburg den Verkehr mittelst Verfügung vom 18. Februar c. ganz freigegeben sei, daß indessen für die Kreise Beuthen, Pleß, Rybnitz, Ratibor, Leobschütz, Neustadt und Neisse noch gewisse Beschränkungen aufrecht erhalten werden müßten. Namentlich dürfte unbedingte Woll nur in Säcken und Ballen verpackt über die Landesgrenze eingehen. In Galizien und Mähren sei die Hindernisse noch nicht erloschen, sondern herrsche noch 5 Meilen von der diesseitigen Landesgrenze. — In Betreff der Herstellung einer directen Eisenbahnverbindung zwischen Warschau und Breslau hat der Herr Handelsminister unter dem 1. Febr. c. folgendes Rescript an die Handelskammer gerichtet:

„Der Handelskammer eröffne ich auf die Vorstellung vom 10. Januar, daß ich die Herstellung einer näheren Eisenbahnverbindung zwischen Breslau und Warschau anstrebe. Ich hoffe, daß die projectirte Linie zwischen Kolonowka und Czestochau bald ihrer Verwirklichung entgegengeführt wird,

verkenne aber nicht, daß es im Interesse des schlesischen Handels liegt, nebenbei noch eine directe Verbindung zwischen Breslau und Warschau über Kempten und Lodz ins Leben zu rufen. Derselbe Project jede zulässige Unterstützung zu Theil werden zu lassen, werde ich gern bereit sein, während die andere in Vorlage gebrachte Linie über Kalisch nach Warschau die Gefahr herbeiführt, daß nach Herstellung einer dann kaum vermeidlichen Verbindung zwischen Kalisch und Pissa die Verkehrsbeziehung aus und nach dem Königreich Polen von der Provinz Schlesien abgelenkt wird.“

Der Magistrat zu Strzelno hat die Handelskammer ersucht, für die Ausföhrung der Posen-Thorner Bahn über Strzelno anstatt über Ratibor sich zu interessieren; ein ähnliches Ersuchen ist seitens des Magistrats zu Colberg hinsichtlich der Herstellung einer Privatbahn Belgard-Neustettin-Schneidemühl-Polen gestellt worden. Beide Schreiben wurden mit Rücksicht darauf, daß die Handelskammer mit den einschlagenden örtlichen Verhältnissen nicht hinreichend vertraut ist, ablehnend beantwortet. — Die Handelskammer zu Köln hat den Bericht, den sie über die Revision der Verordnung vom 11. Februar 1848 den vorgelegten Verbänden erstattet hat, abschriftlich überreicht. Das Collegium nahm von demselben Kenntniß und constatirte, daß dasselbe in Betreff der meisten und wesentlichsten Punkte mit dem diesseitigen erstatteten Berichte übereinstimmt. Die Handelskammer hat sich an das Bundeskanzleramt mit den Anträgen gewandt, bei den Verhandlungen mit Oesterreich über Revision des bestehenden Handelsvertrages darauf hinzuwirken, daß die österreichischen Eingangsölle auf Eisen, Eisenfabrikate, Mehlweizen, Kleinzucker, Nennig, geöffenes Blei und Zinnöl herabgesetzt werden. Die betreffenden Denkschriften wurden ratifizirt. — Auf Anfragen von Gerichtsbehörden wurden folgende Gutachten über bestehende Handelsgebäude erstattet: a) Bei Lieferungsgeheimnissen hat der Ausdruck: „Frei Bahn Breslau“ die Bedeutung, daß der Breslauer Bahnhof der Abnehmer ist. Daraus folgt, daß der Lieferant die Kosten bis zum Bahnhof trägt, während Gefahr und Kosten der Verladung dem Besteller zur Last fallen. Der Lieferant ist zur Abwendung der Waaren an den Besteller selbst dann nicht verpflichtet, wenn die Stellung des Preises gegen Simonats-Verträge vom Empfang der Factura erfolgt. b) Im Manufacturwaaren-Geschäft wird die Bewilligung eines Nabattes an den Käufer, wenn nicht etwas Entgegengesetztes ausdrücklich verabredet ist, nicht dadurch hinfällig, daß der Käufer nicht pünktlich Zahlung leistet. Hieran ändert sich auch in dem Falle nichts, wenn anstatt des Ausdrucks „Nabatt“ das Wort „Agio“ gebraucht ist. — Der Herr Handelsminister hat einen Catalog der britischen Abtheilung der Weltausstellung in Paris im Jahre 1867 überreicht. Derselbe kann im Bureau der Handelskammer eingesehen werden. — Zum Schluß der Sitzung erstattet der Secretär, Herr Dr. Alexander Meyer, ausführlichen Bericht über die neueste Sitzung des bleibenden Ausschusses des deutschen Handelsvereins, an welcher er Theil genommen.

**Breslau**, 28. Februar. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleeblatt, rothe unverändert, ordinäre 11½ — 12 Zhr., mittlere 12½ — 13½ Zhr., feine 14 — 14½ Zhr., hochfeine 14½ — 15 Zhr., — weisse unverändert, ordinäre 14 — 15½ Zhr., mittlere 16 — 17½ Zhr., feine 18 — 19½ Zhr., hochfeine 20½ — 21 Zhr.

Roggen (pr. 2000 Pfd.) niedriger, get. — Ctr., pr. Februar 73½ Zhr. Gld., Februar-März 73½ Zhr. Br., März-April 73½ Zhr. bezahlt, April-Mai 74 Zhr. bezahlt, Mai-Juni —, Juni-Juli —.

Weizen (pr. 2000 Pfd.) get. — Ctr., pr. Februar 96½ Zhr. Br. Gerste (pr. 2000 Pfd.) get. — Ctr., pr. Februar 57½ Zhr. Br.

Hafer (pr. 2000 Pfd.) get. — Ctr., pr. Februar 59 Zhr. Br., April-Mai 58½ Zhr. bezahlt und Gld.

Raps (pr. 2000 Pfd.) get. — Ctr., pr. Februar 92 Zhr. Br.

Rübsöl (pr. 100 Pfd.) fast geschäftslos, get. — Ctr., loco 10½ Zhr. Br., pr. Februar, Februar-März und März-April 10½ Zhr. Br., April-Mai 10 Zhr. bezahlt und Gld., 10½ Zhr. Br., Mai-Juni 10½ Zhr. Br., Juni-Juli —, September-October 10½ Zhr. Gld., 10½ Zhr. Br.

Spiritus niedriger, get. — Quart, loco 19 — 18½ Zhr. bezahlt und Gld., pr. Februar und Februar-März 19 Zhr. Gld., März-April —, April-Mai 19½ Zhr. Gld., Juni-Juli —, Juli-August 20½ Zhr. bezahlt u. Br.

Zink ohne Umsatz. Die Börsen-Commission.

**Auswärtige amtliche Wasser-Reporte.**

**Ratibor**, 28. Februar, Früh 7 Uhr. Stand am Pegel 14 Fuß 2 Zoll. Das Wasser fällt.

**Brieg**, 28. Februar, 6 Uhr Früh. Wasserstand am Oberpegel 19 Fuß, am Unterpegel 13 Fuß 10 Zoll.

## Vorträge und Vereine.

§-§ **Breslau**, 28. Febr. [Bezirks-Verein der Ober- und Sand-Vorstadt.] Die gestern Abend in Casper's Local abgehaltene, sehr zahlreich besuchte Versammlung wurde von dem Vorsitzenden, Hrn. Dr. Pinoff, mit der Mittheilung eröffnet, daß der in den Vorstand gewählte Fabrikbesitzer Gängel verbindend sei, die Wahl anzunehmen. Die Versammlung wählte auf Vorschlag des Vorstandes an dessen Stelle Hrn. Zimmermeister Lange. — Die von dem Verein an den Magistrat gerichtete Petition wegen Besserung des Weges über das Matthiasfeld hat erfreuliche Berücksichtigung gefunden, was mit Dank anerkannt wird. — Hr. Particular Kaufmann beauftragt, bei dem Magistrat die Errichtung eines Sauglinders am Salzmagazin und am Fuchshofe nachzusuchen. Die Versammlung tritt dem bei. Dabei kommt die Beschaffenheit der neu errichteten Sauglinder auf der Ufergasse zur Sprache und es wird mitgetheilt, daß in nächster Zeit eine Beseitigung der Uebelstände zu erwarten sei. — Hierauf folgte ein Vortrag des Reichshauptmanns, Rfm. Model, über die Verhältnisse des oberborsstädtischen Deichverbandes, in welchem der Vortragende eingehend die geschichtliche Entwicklung, die innere Organisation, die Schulden und das Vermögen des Verbandes bespricht. Bereits durch die Cabinets-Ordre vom Jahre 1838 wurde die Bildung eines provisorischen Deichverbandes veranlaßt. Das Gesetz vom 14. November 1853 ordnete die künftig zu erlassenden Deichstatute; nach der Ueberschwemmung von 1854 wurde der Normalisirungs-Act der die Stadt umfließenden Dämme, dessen Kosten auf 60,000 Thlr. veranschlagt waren, begonnen und erst 1862 erfolgte die Constatirung des oberborsstädtischen Deichverbandes. Seine Organisation läßt Manches zu wünschen übrig. Bezüglich der Vermögensverhältnisse des Verbandes macht Redner eine große Zahl der detaillirtesten und interessantesten Angaben, welche zeigten, wie schwer es manchem Deichgenossen noch werde, die Verzinsungs- und Amortisationskosten neben den laufenden Ausgaben für den Verband zu decken. Aufmerksam ist, daß seitens des Staates unverzinsliche Darlehen auf Zeit dem Verbande überwiesen wurden, um den unbemittelten Deichgenossen aus den Zinsen ihre Beitragslast zu erleichtern und daß auch die Stellung, welche die Communal-Verwaltung dem Deichverbande gegenüber einnimmt, sich in den letzten Jahren günstiger für den Deichverband gestaltet.

Demnach hält Hr. Dr. Thiel einen Vortrag über das Breslauer Kirchenwesen. Nach dem derselbe auf das lebhafteste Interesse hingewiesen, welches die projectirte Reform des städtischen Begräbniswesens in allen Kreisen der Stadt wachgerufen, bemerkt er, daß sein Vortrag dazu dienen solle, die geschichtliche Entwicklung des Breslauer Kirchenwesens zu besserem Verständniß der gegenwärtigen Verhältnisse kurz zu charakterisiren. Vorher wolle er jedoch in Bezug auf die Beurtheilung, welche die in Rede stehende Reform erfahren, zwei Ansichten rechtfertigen, welche sich in ziemlich weiten Kreisen geltend gemacht. Er sei in der Lage, auf Grund zuverlässiger amtlicher Information zu erklären: 1) daß die projectirte Reform keineswegs eine Vermehrung der städtischen Einnahmen benutzte Finanz-Mittel sei; und 2) daß der Magistrat die qu. Reform nicht durch die Beschlüsse der beiden städtischen Behörden für perfect erachtet, sondern daß dieselbe dies nur durch die Beschlüsse der geordneten evangelisch-kirchlichen Instanzen werden kann. Daß die Reform keine bloße Finanzmaßregel sei, geht daraus hervor, daß man die sorgsamsten Berechnungen angestellt habe darüber, welches der an die betreffenden Kirchen gezahlte Durchschnittsertrag aus den in den evangelischen Gemeinden stattgefundenen Begräbnissen sei und wie sich dieser Ertrag zu der Zahl der evangelischen Gemeinde-Mitglieder verhalte. Nur dieser Ertrag solle durch das fernerehin zu erhebende Begräbnisgeld und die Kirchensteuer gedeckt werden. Sollte von irgend einer Seite nachgewiesen werden, daß die für Normirung Beider maßgebenden Berechnungen irgendwie nicht zutreffen, daß also durch Begräbnisgeld und Kirchensteuer entweder ein zu niedriger Ertrag erzielt und die Commune dadurch genöthigt würde, einen höheren Zuschuß, als bisher, zur Unterhaltung der evangelischen Kirchen zu zahlen, oder — daß der Ertrag sich höher stellt, als die seitherige Einnahme, so daß der Kammereier-Kasse ein nicht beabsichtigter Vortheil erwürde, dann müßte im ersten Falle der projectirte Satz von Begräbnisgeld und Steuer erhöht, im letzteren Falle aber erniedrigt werden. Es sei gewiß anzunehmen, daß Magistrat, sobald

das Unrichtige seiner Berechnungen nachgewiesen, zu dieser Modification des Projectes ohne Weiteres schreiten würde.

Bezüglich der Prüfung des Projectes durch die Stadtverordneten-Versammlung sei zu bemerken, daß dieselbe nur den Zweck habe, das Recht der politischen Gemeinde: durch die Reform nicht höher belastet zu werden, zu wahren. Stimme die Versammlung dem Projecte bei, weil jenes Recht durch sie nicht geschädigt werde, dann werde allerdings zunächst die evangelische Ginnoberschafter Breslau's gehört werden müssen. Wie dies zu geschehen habe, ob durch die Gemeinde-Kirchenräthe oder durch besonders zu berufende Repräsentanten, sei eine Rechtsfrage, über deren Beantwortung man seines Wissens noch nicht schlüssig sei. Ehe aber nicht die städtischen Behörden, der Magistrat als Patron, die Stadtverordneten-Versammlung als Vertretung der politischen Gemeinde, sich für das Project erklärt, eher sei es nicht möglich, die evangelische Kirchengemeinde über das selbst zu hören. Wenn aber auch diese sich dafür erklärt, dann haben immer erst noch das Consistorium, das Cultus-Ministerium und zuletzt der König, als oberster Bischof der evangelischen Kirche dasselbe zu sanctioniren und es liesse daher in keiner Weise zu erwarten, daß die Rechte der evangelischen Kirchengemeinden Breslau's irgendwie beeinträchtigt werden würden. Zweck der Reform sei: die großen Uebelstände, welche das seitherige Begräbniswesen mit sich geführt, zu beseitigen durch ein einfaches, für Alle gleichmäßiges, würdiges Begräbnis. Einzelne, nebenläufige Unterschiede würden freilich nicht ganz zu vermeiden sein, denn während dem einen Satze vielleicht nur ein paar verlassene Waisen folgen, werden dem andern vielleicht dreißig Callawagen das Geleit geben. Aber solche Unterschiede berühren nicht das, was die Kirche nimmlich Allen bieten solle. Diese solle aufhören, auf die persönliche Eitelkeit bei einer Gelegenheit zu speculiren, wo dieselbe am wenigsten an ihrem Orte. Ob Geläut zugelassen werde? weiß auch Redner noch nicht; — fällt dasselbe nicht, — wie es am wünschenswertheften wäre, — ganz weg, dann werde es hoffentlich in der Zeit beschränkt und die Benutzung durch eine möglichst hohe Steuer mindestens erschwert werden. Die Beilegung von Geistlichen werde natürlich, wie bisher, der freien Verabredung anheimfallen. — Redner erklärt, er nehme keinen Anstand zu sagen, daß das von ihm Angeführte auf Mittheilungen beruhe, die ihm von Herrn Oberbürgermeister Sobrecht gemacht worden und daß er glaube, dessen Äußerungen möglichst genau wiedergegeben zu haben.

Die Versammlung nahm mit Befriedigung Kenntniß von diesen Mittheilungen, an welche sich noch eine kurze Besprechung einzelner auf die Angelegenheit bezüglicher Fragen angeschlossen. Wegen vorgerückter Zeit mußte der eigentliche Vortrag Herrn Dr. Thiel's bis zur nächsten Sitzung vertagt werden. Für diese hat auch Herr Ingenieur Kapfer bereits Vortrag über die Pariser Ausstellung zugesichert.

## Literarisches.

„Dr. C. Pistor's „Lehre von der Gesundheit und Krankheit des Menschen“ (Leipzig, C. J. Günther), welche sich seiner Zeit der besten Aufnahme seitens des Publicums wie der Kritik zu erfreuen hatte, erscheint gegenwärtig, um ihre Verbreitung in die weitesten Kreise zu ermöglichen, in einer Volks-Ausgabe in 12 Lieferungen, a 7½ Sgr. Der reiche Inhalt des Werkes dient demselben zur besten Empfehlung, indem man Nichts darin vermissen wird, was zu unserem Leben in irgend einer Beziehung steht.

## Telegraphische Depeschen.

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

**Berlin**, 28. Febr. Abgeordnetenhause. Vor der Tagesordnung protestirt Ahlemann Namens der Schleswig-Holsteinischen Abgeordneten gegen die Aeußerung Kardorff's in der Mittwochssitzung gegen den Augustenburger, wodurch die ehrenvolle Vergangenheit der Gbherzogthümer angegriffen werde. Kardorff entgegnet, er habe nur das Citat Malmebury's über den Augustenburger angeführt, keineswegs denselben persönlich angegriffen. Darauf wurden Petitionen, betreffend das zu erwartende Unterrichts-gesetz, sämmtlich zur Kenntnissnahme der Regierung überwiesen.

Der Antrag Hänel, betreffend den baldigen Erlaß der Städteordnung in den Gbherzogthümern nach dem Commissionsantrag angenommen, nachdem der Regierungskommissar erklärt, daß die Regierung das Bedürfnis anerkenne. Der Minister des Innern verliest die königl. Botschaft, welche den Landtagschluß auf morgen Nachmittag 2 Uhr festsetzt. Der Antrag Bennigsen's Betreffs der gesetzlichen Regelung der Verhältnisse der hannoverschen Bauernhöfe wird der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen unter der Erwartung einer Gesetzesvorlage in der nächsten Session. Der Antrag Birchow's Betreffs der Verträge mit dem Kurfürsten und dem Herzog von Coburg, jede definitive Verfügung Betreffs des kurfürstlichen Familien-Fideicommisses bedürfe der Zustimmung des Landtages, wird abgelehnt.

Die Petition um Bewilligung von 100,000 Thlr. für ostpreussische Schullehrer wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen, unter der Anforderung, die hierzu bereits bewilligten 25,000 Thlr. dem Bedürfnisse angemessen zu erhöhen. Ueber die Petition um Aufhebung der Schuldbast wird die Tages-Ordnung beschloffen rücksichtlich der Seiten des Reichstages bevorstehenden Reform. Der Minister des Innern bezieht die Schulbast als ein Mafel unserer Gesetzgebung.

Ueber die Petition, Betreffs der baldigen Ausführung der schlesischen Gebirgsbahn empfehlen die Commissionen Tagesordnung. Der Regierungskommissar Heise erklärt, die Regierung unternimmt Eisenbahnbauten für Staatsrechnung nur aus den zwingendsten Gründen. Mehrere Bewerber um die Concession für die Linie Frankenstein-Glatz-Mittelwalde-Wildenswerdt seien aufgetreten. Die Regierung verhandle insbesondere mit der ober-schlesischen Bahngesellschaft über die Bedingung der Concession.

Auf die Wahrung der schlesischen Montanindustrie werde Bedacht genommen. Der Commissionsantrag wird angenommen.

**Berlin**, 28. Febr. Das Herrenhaus genehmigte die Verträge mit den Salinen Halle und Lüneburg, ferner das Spielbankengesetz und den Gesetzentwurf, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf für die Militär- und Marine-Verwaltung in der Fassung des Abgeordnetenhauses. Der Gesetzentwurf, betreffend die Bestimmungen für die Abgeordnetenwahlen in den neuen Landestheilen, wird unverändert angenommen. Das Herrenhaus hielt heute seine letzte Sitzung.

**Berlin**, 28. Febr. Die „Zeidler'sche Correspondenz“ veranschlagt die Dauer des Zollparlaments auf etwa drei Wochen, woran sich unmittelbar die Reichstagsession schließen würde.

**Paris**, 28. Febr. Die „Patrie“ schreibt: Prinz Napoleon verließ Paris zu einer mehrwöchentlichen Incognito-Reise nach Norddeutschland. Der Botschafter Bubberg ist eingetroffen und wurde in Versailles von dem momentan geistesgestörten Baron Meyerdorf mit bewaffneter Hand angegriffen. Der Vorfall blieb ohne Folgen.

**Paris**, 28. Februar. Der „Moniteur“ schreibt: In Folge der Aenderung des mecklenburgischen Handelsvertrages zahlen Baumwoll-Gewebe (leichte und dicke, gebleicht und appretirt) 200 Fr. pro 100 Kilo.

**London**, 28. Februar. Die Königin genehmigte die Ministerliste Disraeli's.

**Granada**, 25. Februar. Volkschaufen bringen, Brot und Arbeit fordernd, vor das Haus des Civil-Gouverneurs, der die Regierungsgewalt den Militärbehörden übergab, welche den Belagerungszustand über die Provinz verhängen. 1 Todter und 16 Verwundete, eine Anzahl Verhaftungen, die Ruhe wieder hergestellt.

**Madrid**, 27. Februar. Narvaez theilt der Kammer die Vorgänge in Granada mit und bestätigt die vollkommene Wiederherstellung der Ruhe.





